

ifo Dresden berichtet

Aktuelle Forschungsergebnisse

- *Für das Projektteam: Wolfgang Nierhaus*
Deutschlandprognose 2017/2018: Robuste Konjunktur vor einem Jahr ungewisser internationaler Wirtschaftspolitik
- *Jannik A. Nauerth, Joachim Ragnitz und Michael Weber*
ifo Konjunkturprognose Ostdeutschland und Sachsen 2016/2017: Ostdeutsche Wirtschaft bleibt in Schwung, aber internationale Unsicherheit dämpft die Dynamik
- *David Bauer und Xenia Frei*
Der Demographieansatz im kommunalen Finanzausgleich
- *Thiess Büttner*
Die volkswirtschaftlichen Zusatzkosten der Grunderwerbsteuer

Im Blickpunkt

- *Sabine Gralka und Julia Sonnenburg*
Qualität statt Quantität? Steigender Wettbewerb um sächsische Studienplätze nach 2020 zu erwarten

Daten und Prognosen

- Vierteljährliche Entwicklung für Sachsen
- Regionalisierung des ifo Konjunkturtests
- Arbeitsmarktentwicklung in Sachsen

24. Jahrgang (2017)

Herausgeber: ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.,
Niederlassung Dresden, Einsteinstraße 3, 01069 Dresden,
Telefon: 0351 26476-0, Telefax: 0351 26476-20

E-Mail: dresden@ifo.de

Internet: <http://www.ifo-dresden.de>

Redaktion: Joachim Ragnitz

Technische Leitung: Katrin Behm

Vertrieb: ifo Institut, Niederlassung Dresden

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Bezugspreis jährlich: 25,00 €

Preis des Einzelheftes: 5,00 €

Preise einschl. Mehrwertsteuer, zzgl. Versandkosten

Teilnehmer an regelmäßigen ifo Umfragen erhalten einen Rabatt.

Grafik Design: © ifo Institut München

Satz und Druck: c-macs publishingservice Dresden

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):

Nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung
eines Belegexemplares.

ifo Dresden berichtet 1/2017

Aktuelle Forschungsergebnisse

Deutschlandprognose 2017/2018: Robuste Konjunktur vor einem Jahr ungewisser internationaler Entscheidungen

3

Für das Projektteam: Wolfgang Nierhaus

Der robuste Aufschwung, in dem sich die deutsche Wirtschaft seit dem Jahr 2013 befindet, wird sich fortsetzen. Das IFO INSTITUT rechnet für das laufende Jahr mit einem Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts in Höhe von 1,5 %. Im nächsten Jahr wird die gesamtwirtschaftliche Produktion voraussichtlich um 1,7 % expandieren. Allerdings sind die Risiken, mit denen diese Prognose behaftet ist, außerordentlich hoch. Mit dem Brexit-Referendum, der US-Präsidentenwahl und der gescheiterten Verfassungsreform in Italien hat sich die globale politische Landschaft stark verändert, was weitreichende und in hohem Maße ungewisse Konsequenzen für die Weltwirtschaft und Deutschland in den kommenden Jahren haben könnte. Wird die US-amerikanische Finanzpolitik deutlich expansiver, dürfte dies der Konjunktur in den USA und dem Rest der Welt signifikante positive Impulse bescheren. Ein hohes und fortwährendes Maß an politischer Unsicherheit sowie zunehmende politische und wirtschaftliche Desintegration würden die wirtschaftlichen Aussichten jedoch merklich beeinträchtigen.

ifo Konjunkturprognose für Ostdeutschland und Sachsen 2016/2017: Ostdeutsche Wirtschaft bleibt in Schwung, aber internationale Unsicherheit dämpft die Dynamik

9

Jannik A. Nauerth, Joachim Ragnitz und Michael Weber

Die ostdeutsche Wirtschaft befindet sich in einem moderaten Aufschwung. Preisbereinigt dürfte die Wirtschaftsleistung im Jahr 2016 um 1,6 % gestiegen sein und im Jahr 2017 nochmals um 1,3 % expandieren. Im Freistaat Sachsen dürfte das Wachstum mit 1,7 % im Jahr 2016 und 1,4 % im Jahr 2017 etwas kräftiger ausfallen. Positive Impulse kommen aus der Binnenwirtschaft. Insbesondere die anhaltend hohe Wohnungsbautätigkeit, die starke Konsumnachfrage der Verbraucher sowie die öffentlichen Dienstleister treiben das Ergebnis. Gedämpft wird die gesamtwirtschaftliche Dynamik von der in den letzten Monaten stark gestiegenen internationalen Unsicherheit.

Der Demographieansatz im kommunalen Finanzausgleich

20

David Bauer und Xenia Frei

Zwischen den einzelnen Gemeinden der Flächenländer entwickelt sich die Bevölkerung teils sehr heterogen. Während die Bevölkerungszahl in einigen Gemeinden zunimmt, geht sie in den meisten Gemeinden zurück. Mit rückläufiger Bevölkerung stehen die Gemeinden vor der Herausforderung, ihre Ausgaben ebenfalls zu reduzieren. Die Anpassung der Ausgaben an eine sinkende Bevölkerungszahl kann jedoch einige Zeit in Anspruch nehmen. Damit finanzielle Engpässe während des Anpassungsprozesses in schrumpfenden Gemeinden vermieden werden, ist im kommunalen Finanzausgleich mancher Länder ein Demographieansatz implementiert. Dadurch wird den Gemeinden ein gewisses Zeitfenster zur Anpassung ihrer Ausgaben eingeräumt. In diesem Artikel wird die ökonomische Rechtfertigung des Demographieansatzes diskutiert. Es wird aufgezeigt, dass der Wissensstand über unvermeidbare Anpassungskosten und gerechtfertigte Anpassungszeiträume nach wie vor gering ist.

Die volkswirtschaftlichen Zusatzkosten der Grunderwerbsteuer

25

Thiess Büttner

Die empirische Auswertung der Erfahrungen mit den Erhöhungen der Grunderwerbsteuer seit der Föderalismusreform zeigt, dass die Grunderwerbsteuer mit relativ hohen volkswirtschaftlichen Kosten einhergeht. Die Föderalismusreform hat den Ländern damit ein vergleichsweise teures Einnahmefinstrument verschafft. Dass die Länder dennoch so rege von der Steuer Gebrauch machen, könnte durch einen hohen Finanzmittelbedarf erklärt werden, der angesichts mangelnder Steuereigenheiten nicht anders gedeckt werden kann. Eine alternative Erklärung ist, dass die volkswirtschaftlichen Kosten dieser Steuer ignoriert oder unterschätzt

werden. Zwar ist die Grunderwerbsteuer in die Einnahmenverteilung im Rahmen des Finanzausgleichs eingebunden. Allerdings geht nicht das Aufkommen selbst in die Berechnungen der Finanzkraft ein, sondern nur die Höhe der steuerbaren Transaktionen. Je stärker Anzahl und Werte dieser Transaktionen als Folge eines höheren Steuersatzes zurückgehen, umso mehr fällt die im Rahmen des Finanzausgleichs ermittelte Finanzkraft eines Bundeslandes, das den Steuersatz erhöht. In der Folge erhält dieses Bundesland mehr Zuweisungen aus dem Länderfinanzausgleich bzw. muss geringere Beiträge an andere Länder leisten.

Im Blickpunkt

- Qualität statt Quantität? Steigender Wettbewerb um sächsische Studienplätze nach 2020 zu erwarten** 29
Sabine Gralka und Julia Sonnenburg

Der im Jahr 2007 zwischen Bund und Ländern beschlossene Hochschulpakt, eingeführt mit dem Ziel, für die zunehmende Anzahl an Studienberechtigten einen Studienplatz bereitzustellen, läuft 2020 und damit in absehbarer Zeit aus. Entsprechend beraten die Länder bereits heute, wie sie trotz wegfallender Fördergelder eine hinreichende Finanzausstattung der Hochschulen sicherstellen. Der Freistaat Sachsen reagiert mit der Hochschulentwicklungsplanung nach 2020 mit einer deutlichen Absenkung der Studierendenzahlen um mehr als 15 %. Vor dem Hintergrund einer konstant hohen Nachfrage nach Studienplätzen und eines etwaigen Fachkräftemangels wird diese Planung im vorliegenden Blickpunkt kommentiert.

Daten und Prognosen

- Vierteljährliche VGR für Sachsen: Ergebnisse für das dritte Quartal 2016** 33
Wolfgang Nierhaus
- ifo Geschäftsklima Ostdeutschland und Sachsen: Gute Stimmung zum Jahreswechsel** 35
Michael Weber
- Arbeitsmarktlage in Ostdeutschland und Sachsen weiterhin gut** 38
Antje Fanghänel

Aus der ifo Werkstatt

- ifo Veranstaltungen** 39
- ifo Vorträge** 40
- ifo Veröffentlichungen** 40
- ifo intern** 40

Deutschlandprognose 2017/2018: Robuste Konjunktur vor einem Jahr ungewisser internationaler Entscheidungen¹

Für das Projektteam: Wolfgang Nierhaus*

Lage der Weltwirtschaft

Die Weltwirtschaft expandierte im zurückliegenden Sommerhalbjahr etwas kräftiger als noch zu Jahresbeginn 2016. Dabei haben die fortgeschrittenen und aufstrebenden Volkswirtschaften in etwa gleichermaßen zur Belebung der Weltkonjunktur beigetragen. In den USA sorgten im dritten Quartal 2016 vor allem der Lagerzyklus und eine kräftige Zunahme des Exportgeschäfts für eine merkliche Beschleunigung des Expansionstempos. In Japan wirkten das abermalige Aufschieben der fiskalischen Konsolidierung und die Implementierung eines neuen Konjunkturpakets stützend. Schließlich hat sich die moderate Erholung des Euroraums fortgesetzt.

Auch in wichtigen Schwellenländern wie China, Indien und Indonesien waren expansive wirtschaftspolitische Maßnahmen für die Zunahme der Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts im Sommerhalbjahr 2016 verantwortlich. Schließlich entschärften sich die rezessiven Tendenzen in rohstoffexportierenden Schwellenländern wie Russland und Brasilien, da Notierungen vieler Industrie- und Agrarrohstoffe seit einigen Monaten wieder moderat aufwärtsgerichtet sind. Zudem bewegte sich der Preis von Erdöl der Sorte Brent seit dem Frühjahr 2016 weitgehend stabil um etwa 45 US-\$ pro Barrel, nachdem er im Januar die Marke von 30 US-\$ unterschritten hatte. Maßgeblich für die Ölpreisstabilität sind zwei gegenläufige Effekte. Einerseits kam es zu einer anziehenden Nachfrage nach Erdöl vor allem aus China und Indien. Andererseits führten Verhandlungen zwischen den OPEC-Mitgliedern zu einer Limitierung der Erdölförderung. Schließlich kam es im November 2016 zu einer Einigung, an der sich auch Russland beteiligt und im Zuge derer der Erdölpreis auf über 50 US-\$ stieg.

In den zurückliegenden sechs Monaten hat sich die globale politische Landschaft stark verändert, was weitreichende und in hohem Maße ungewisse Konsequenzen für die Weltwirtschaft in den kommenden Jahren haben könnte. So entschied Großbritannien im Juni 2016 mit einem Referendum den Austritt aus der Europäischen Union (EU); der Ablauf und die Konditionen dieses sog. Brexit werden ab dem nächsten Jahr auf der politischen Bühne verhandelt. Die überraschende Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten wirft eine Vielzahl

an Fragezeichen im Zusammenhang mit der künftigen politischen, finanzpolitischen und außenhandelspolitischen Ausrichtung der USA auf. So hat sich der neu gewählte Präsident während des Wahlkampfs zwar für eine expansivere Fiskalpolitik, aber auch für eine merklich protektionistischere Außenhandelspolitik und einen deutlichen Abbau des sicherheitspolitischen Engagements seines Landes auf internationaler Ebene ausgesprochen. Schließlich hat Italien in einem Referendum eine Verfassungsänderung abgelehnt, die das wirtschaftlich angeschlagene Land reformfähiger hätte machen können.

Allerdings haben diese Ereignisse vorerst nicht die befürchteten negativen konjunkturellen Effekte ausgelöst. Nach dem Brexit-Votum haben sich die Finanzmärkte nach unmittelbaren Turbulenzen schnell wieder gefangen; bereits im Spätsommer lagen die meisten Aktienindizes bereits wieder über ihren Ständen vom Mai 2016. Ebenso hat sich die Stimmung von Konsumenten und Produzenten in Großbritannien und der EU im Sommer nur vorübergehend verschlechtert und ist seit dem Spätsommer wieder aufwärtsgerichtet. Schließlich erwies sich die britische Realwirtschaft als robust und verzeichnete im dritten Quartal 2016 eine ähnlich hohe Zuwachsrate wie in den drei Quartalen zuvor. Auch die US-Präsidentenwahl konnte die Finanzmärkte sowie das Vertrauen von Konsumenten und Produzenten vorerst nicht beeinträchtigen. Maßgeblich für die sich nach der Wahl abzeichnende Verbesserung der Stimmung dürfte die Antizipation expansiver finanzpolitischer Maßnahmen durch den neugewählten Präsidenten sein. Schließlich blieb das nach dem Scheitern des Reformvorhabens in Italien befürchtete Wiederaufflammen der Eurokrise bislang aus. Ein Grund hierfür könnte sein, dass das mit einem positiven Ausgang des italienischen Referendums verbundene Positivszenario einfach nicht eingetreten ist.

Dennoch dürften die Brexit-Entscheidung, die Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten und das in Italien abgehaltene Verfassungsreferendum nicht ohne kurzfristige negative Folgen bleiben. So sind Indikatoren der politischen Unsicherheit in Großbritannien, mehreren weiteren europäischen Ländern sowie in den USA im Juni

* Dr. Wolfgang Nierhaus ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

scharf gestiegen und haben nach einem temporären Rückgang im November erneut spürbar zugenommen. Aktuell liegen sie auf einem deutlich höheren Niveau als noch zu Jahresbeginn 2016. Dies dürfte für sich genommen die Bereitschaft, Investitionen zu tätigen und langlebige Konsumgüter zu erwerben, mindern und damit die Wirtschaftsleistung im Prognosezeitraum beeinträchtigen.

In der vorliegenden Prognose wird unterstellt, dass die Brexit-Verhandlungen zwischen Großbritannien und der EU ohne nennenswerte Verwerfungen verlaufen und sich frühzeitig ein „weicher“ Brexit abzeichnet, bei dem es zu keinen signifikanten Beeinträchtigungen der gegenwärtig bestehenden wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen der EU und Großbritannien kommt. Auch wird angenommen, dass im Prognosezeitraum die US-Regierung die bereits geltenden oder kurz vor dem Abschluss stehenden Freihandelsabkommen nicht nennenswert abändert oder gar aufkündigt und den grenzüberschreitenden Güter- und Kapitalaustausch der USA mit dem Rest der Welt nicht einschränkt. Mangels konkreter Pläne oder gar Beschlüsse wird unterstellt, dass sich die finanzpolitische Ausrichtung der USA im Prognosezeitraum nicht ändert. Für Italien wird schließlich der Status quo eines weiterhin schleppend verlaufenden Reformprozesses unterstellt. Dabei wird angenommen, dass die prekäre Situation des italienischen Bankensektors zu keinen größeren finanziellen Verwerfungen führt.

In den großen fortgeschrittenen Volkswirtschaften bleibt die Geldpolitik außerordentlich expansiv ausgerichtet. Allerdings wurden ihr Expansionsgrad und ihr Schwerpunkt in den zurückliegenden sechs Monaten in unterschiedlichem Maße angepasst. Während die US-Notenbank (Fed) seit Dezember 2015 keine neuen Maßnahmen ergriffen hat, beschloss der Rat der EUROPÄISCHEN ZENTRALBANK (EZB) auf seiner jüngsten Sitzung, ab April 2017 den Umfang der Wertpapierankäufe zu reduzieren. Die japanische Notenbank beließ zwar das Volumen der Wertpapierankäufe und die Leitzinsen unverändert; jedoch nahm sie mehrere strukturelle Anpassungen hinsichtlich ihrer Ziele und der Kommunikation ihrer Maßnahmen vor. In Großbritannien wurden schließlich die geldpolitischen Zügel nach dem Brexit-Referendum wieder gelockert.

Die Finanzpolitik in den großen fortgeschrittenen Volkswirtschaften dürfte den Konsolidierungskurs der vergangenen Jahre im Prognosezeitraum vorerst nicht fortsetzen. In Japan wurde zu Jahresbeginn, angesichts des geringen Expansionstempos, ein neues Konjunkturprogramm aufgelegt. Ferner wurde die für April 2017 geplante Mehrwertsteuererhöhung auf das Jahr 2019 verschoben. Auch andere ursprünglich vorgesehene Sparmaßnahmen wurden weiter in die Zukunft verschoben. Damit hat die Intensität der fiskalischen Konsolidie-

rung in diesem und im kommenden Jahr spürbar abgenommen. Auch im Euroraum wird vielerorts trotz der hohen Staatsverschuldung nicht mehr konsolidiert. Vielmehr dürfte die Fiskalpolitik im Prognosezeitraum sogar leicht positive Impulse für die Konjunktur zeitigen. Zwar ist dies in manchen Fällen auf die Mehrausgaben im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise zurückzuführen. Allerdings resultiert der Großteil dieser finanzpolitischen Lockerung vor allem aus den deutlich gesunkenen Zinsen auf öffentliche Anleihen und der wohlwollenden Haltung der EU-Kommission gegenüber Mitgliedsstaaten, die gegen die fiskalischen Regeln verstoßen. In den USA dürfte die Finanzpolitik im laufenden Jahr kaum nennenswerte Impulse für die Konjunktur geliefert haben. Da noch keine konkreten finanzpolitischen Pläne der neuen US-Regierung vorliegen, wird in der vorliegenden Prognose unterstellt, dass die fiskalische Ausrichtung auch im Prognosezeitraum in etwa neutral bleibt.

Ausblick für die Weltwirtschaft

Das Tempo der weltwirtschaftlichen Expansion dürfte im Winterhalbjahr 2016/17 im Vergleich zum dritten Quartal 2016 etwas abnehmen. Zwar haben sich das ifo Weltwirtschaftsklima und die Einkaufsmanagerindizes für die großen Industrie- und Schwellenländer zuletzt verbessert. Allerdings haben politische Ereignisse vielerorts zu einem deutlichen Anstieg der Unsicherheit geführt, die im gesamten Prognosezeitraum die gesamtwirtschaftliche Expansion dämpfen dürfte.

In den großen fortgeschrittenen Volkswirtschaften wird die Konjunktur im Prognosezeitraum weiterhin sehr heterogen bleiben. So wird die aggregierte Wirtschaftsleistung der USA auch in diesem und im nächsten Jahr kräftiger zulegen als jene des Euroraums und Japans. Die Wirtschaft des Euroraums wird nach wie vor durch die massiven strukturellen Schwächen mancher Mitgliedsländer – etwa das große Volumen ausfallgefährdeter Kredite in den Bankbilanzen in Italien und Portugal und die geringe Wettbewerbsfähigkeit der französischen und italienischen Volkswirtschaften – belastet. Entsprechend wird sich die Erholung zwar fortsetzen. Sie wird jedoch trotz der ausgesprochen akkommodierenden Politik der EZB weiterhin nur moderat bleiben. Auch die gesamtwirtschaftliche Produktion Japans dürfte im Prognosezeitraum nur langsam expandieren. Zwar ist die Geldpolitik auch dort äußerst expansiv und staatliche Konjunkturprogramme wirken bis in die zweite Hälfte 2017 stützend. Dem stehen jedoch die Belastungen durch strukturelle Faktoren wie ein schrumpfendes Erwerbspersonenpotenzial und ein relativ geringes Produktivitätswachstum entgegen. Das Expansionstempo in den

Schwellenländern wird sich im Prognosezeitraum allmählich verlangsamen. Zwar werden Brasilien und Russland, angesichts nicht mehr fallender Ölpreise und der leichten Erholung der Notierungen anderer Rohstoffe, die Rezession im Verlauf des kommenden Jahres wohl überwinden. Auch Indien dürfte im Prognosezeitraum stark expandieren. Allerdings wird sich die trendmäßige Abnahme des Expansionsstempos in China wohl weiter fortsetzen.

Im abgelaufenen Jahr hat die gesamtwirtschaftliche Produktion in der Welt voraussichtlich um 2,4% zugenommen. In diesem Jahr dürfte die Rate aufgrund des hohen Ausgangsniveaus auf 2,9% steigen, um dann im nächsten Jahr geringfügig auf 2,7% zurückzugehen. Dies entspricht einer leichten Revision gegenüber der ifo Konjunkturprognose vom Juni 2016 in Höhe von -0,1 Prozentpunkten für das Jahr 2016; die Prognose für 2017 bleibt unverändert.

Risiken

Ein wesentliches Risiko für die weltwirtschaftliche Entwicklung im Prognosezeitraum stellt das Ausscheiden Großbritanniens aus der EU dar. Im Vorfeld des eigentlichen Brexits müssen sowohl die Parameter der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zwischen Großbritannien und der EU als auch die Handelsabkommen mit mehr als 50 anderen Staaten, die auf EU-Recht basieren, neu verhandelt werden. Allerdings ist es noch völlig ungewiss, wann die formalen Verhandlungen eingeleitet werden und wann der Brexit stattfinden wird. Auch liegen noch keinerlei Anhaltspunkte darüber vor, wie die neuen Abkommen aussehen könnten. Sollte etwa die getroffene Einigung den Aufbau neuer Schranken für den Güterhandel und den Kapitalverkehr vorsehen, so gäbe es spürbar negative Folgen für das mittelfristige Wirtschaftswachstum in Europa und anderen Regionen der Welt. Aber auch bereits im Prognosezeitraum könnte eine andauernd hohe Verunsicherung der privaten Wirtschaftsakteure die Investitionstätigkeit in Großbritannien und in der EU belasten. Dies könnte etwa dann der Fall sein, wenn sich das Eintreten eines für den Außenhandel unfreundlichen Szenarios abzeichnen oder sich die Verhandlungen durch große Unwägbarkeiten kennzeichnen würden.

Auch die künftige wirtschafts-, außen- und sicherheitspolitische Ausrichtung der USA ist seit den Präsidentschaftswahlen mit großer Ungewissheit behaftet und stellt daher eine Quelle zahlreicher positiver wie negativer Risiken für die weltwirtschaftliche Entwicklung im Prognosezeitraum sowie darüber hinaus dar. So hat der neu gewählte Präsident während des Wahlkampfes für eine starke Ausweitung der staatlichen Infrastrukturinvestitionen in

Verbindung mit Unternehmensteuersenkungen, einer merklich protektionistischeren Außenhandelspolitik und einem deutlichen Abbau des internationalen sicherheitspolitischen Engagements seines Landes geworben. Ob, in welchem Umfang und wann diese Vorhaben umgesetzt werden können, ist noch völlig ungewiss. Eine kräftige Erhöhung des fiskalischen Expansionsgrades etwa würde der Konjunktur in den USA und dem Rest der Welt signifikante positive Impulse bescheren. Negative Risiken für die Weltwirtschaft gehen von einem eventuellen Übergang der USA zu mehr Protektionismus in der Handelspolitik aus. Dies würde den Welthandel belasten und das Potenzial für technologische Spill-Overs in weiten Teilen der Welt reduzieren. Schließlich könnte eine starke Reduktion der sicherheitspolitischen Beteiligung der USA innerhalb der NATO oder bei internationalen Krisen und Konflikten die politische Unsicherheit in vielen Ländern zunehmen lassen und die Investitionstätigkeit dort spürbar dämpfen.

Ein weiteres großes Risiko für die weltwirtschaftliche Entwicklung im Prognosezeitraum geht auch vom Erstarren populistischer Parteien in wichtigen europäischen Ländern aus. Solche Parteien setzen sich zumeist für mehr Protektionismus in den außenwirtschaftlichen Beziehungen ihres Landes ein oder fordern eine gründliche Revision der EU-Verträge und in manchen Fällen sogar den Austritt ihres Landes aus der EU. Es ist nicht auszuschließen, dass derartig radikale politische Gruppierungen bei den Parlamentswahlen, die im kommenden Jahr in Frankreich, den Niederlanden und voraussichtlich Italien stattfinden, als Sieger hervorgehen. Dies könnte das Vertrauen in die politische Stabilität und den Zusammenhalt der EU stark erschüttern und negative ökonomische Folgen für die ganze Welt haben. Noch stärker werden die wirtschaftlichen Belastungen sein, sollten tatsächlich neue Handelsschranken innerhalb Europas aufgebaut werden oder Staaten dem Beispiel Großbritanniens folgen, indem sie sich für einen Austritt aus der EU entscheiden.

Lage der deutschen Wirtschaft

Seit 2013 befindet sich die deutsche Wirtschaft in einem Aufschwung. Kennzeichnend dafür ist, dass sich die gesamtwirtschaftliche Produktion im Schnitt mit Raten ausweitete, die über der Wachstumsrate des Produktionspotenzials liegen. Damit verringerte sich die Unterlastung der Kapazitäten kontinuierlich und die Produktionslücke ist seit 2015 positiv. Dynamik und Triebkräfte des derzeitigen Aufschwungs unterscheiden sich allerdings deutlich von jenen der meisten früheren Erholungsphasen.

Der Aufschwung ist lediglich moderat, da die durchschnittlichen Zuwachsraten des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) vergleichsweise niedrig und nur knapp über der Potenzialwachstumsrate liegen. Der private Konsum entwickelt sich zwar recht kräftig; einen wichtigen Beitrag zu dieser Expansion leistet allerdings der starke Bevölkerungsanstieg der vergangenen Jahre. Je Einwohner gerechnet entwickeln sich die privaten Konsumausgaben so schwach wie in keinem der Aufschwünge der vergangenen vier Jahrzehnte. Der flüchtlingsbedingte Bevölkerungsanstieg lässt jedoch die Konsumausgaben des Staates kräftig expandieren. Im Vergleich zu früheren Aufschwüngen trägt der Staat seit 2015 maßgeblich zur gesamtwirtschaftlichen Expansion in Deutschland bei. Während die Bauinvestitionen überdurchschnittlich zunehmen, ist die Dynamik bei den Ausrüstungsinvestitionen eher schwach, was vor dem Hintergrund der außergewöhnlich niedrigen Kreditzinsen überrascht.

Einer der Hauptgründe für die moderate gesamtwirtschaftliche Gangart ist der Anstieg der Exporte von Waren und Dienstleistungen, der in keinem der Aufschwünge der vergangenen vier Jahrzehnte derart gering war. Während in früheren Aufschwüngen wichtige expansive Impulse für die deutsche Wirtschaft aus dem Ausland kamen und sich dann über eine Ausweitung der Unternehmensinvestitionen und Einkommenssteigerungen auf die Binnenwirtschaft übertrugen, sind diese weltwirtschaftlichen Impulse im aktuellen Aufschwung bislang weitgehend ausgeblieben. Die nur zögerliche Erholung der für Deutschland wichtigen Handelspartner im übrigen Euroraum, die deutliche Verlangsamung des Wachstums in China sowie die durch die niedrigen Rohstoffpreise in Mitleidenschaft gezogene Absorptionsfähigkeit vieler Schwellenländer dürften hierfür ausschlaggebend gewesen sein.

Ausblick für die deutsche Wirtschaft

Im vierten Quartal 2016 dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion, die im vorangegangenen Sommerhalbjahr merklich an Schwung verloren hatte, mit einem Anstieg in Höhe von 0,5 % gegenüber dem Vorquartal wieder an Fahrt gewonnen haben. So ist der wichtigste Frühindikator für die deutsche Wirtschaft, der ifo Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft, seit dem temporären Tiefstand von August deutlich gestiegen. Der spürbare Produktionsanstieg dürfte sich dabei auf nahezu alle Wirtschaftsbereiche erstrecken. Die Bruttowertschöpfung der Industrie dürfte mit einer ähnlichen Rate wie im zweiten Vierteljahr expandieren. Positive Impulse kommen weiterhin aus dem Baugewerbe. Schließlich dürften die großen Dienstleistungsbereiche ihre Wertschöpfung

deutlicher ausweiten. Insgesamt dürfte das preisbereinigte BIP im Jahresdurchschnitt 2016 um 1,9 % zugenommen haben, kalenderbereinigt um 1,8 %.

Im Jahr 2017 dürfte sich der moderate Aufschwung mit ähnlichen konjunkturellen Raten wie in diesem Jahr fortsetzen, vornehmlich getrieben von der Binnennachfrage. Der private Konsum expandiert anhaltend kräftig, befördert von höheren Tariflöhnen, zunehmenden Transfereinkommen und der steigenden Beschäftigung. Der bislang vorrangig migrationsgetriebene öffentliche Konsum verliert hingegen an Fahrt. Zwar ist mit dem Inkrafttreten des Zweiten Pflegestärkungsgesetzes und der damit verbundenen Ausweitung der Leistungen an Pflegebedürftige zu Jahresanfang noch einmal ein deutlicher Anstieg des Staatskonsums zu erwarten. Gegenzurechnen ist allerdings, dass sich der Zustrom an Hilfesuchenden annahmegemäß verringert und dass zunehmend Geld- statt Sachleistungen gewährt werden. Die Investitionen in Ausrüstungen werden im Vergleich zu früheren Aufschwungsphasen weiter unterdurchschnittlich expandieren. Maßgeblich hierfür dürften vor allem die sich wenig dynamisch entwickelnden Absatzperspektiven auf vielen Auslandsmärkten sein sowie die außergewöhnlich hohe Ungewissheit bezüglich des zukünftigen wirtschaftspolitischen Kurses wichtiger Handelspartner Deutschlands. Dagegen profitieren die Investitionen in Bauten vom weiterhin günstigen Zinsumfeld, die Investitionen in Wohnbauten werden durch die große Zahl von Wohnungssuchenden besonders angeregt. Vom Außenhandel gehen im Prognosezeitraum rein rechnerisch voraussichtlich keine nennenswerten Impulse aus, da Exporte und Importe in ähnlichem Tempo expandieren werden.

Alles in allem dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion im Durchschnitt des Jahres 2017 um 1,5 % ausgeweitet werden, unter Berücksichtigung der im Vergleich zum Jahr 2016 geringeren Zahl von Arbeitstagen um 1,8 %. Im Jahresdurchschnitt 2018 wird das reale BIP dem Ursprungswert nach und auch kalenderbereinigt voraussichtlich um 1,7 % expandieren. Damit liegt der prognostizierte Anstieg des realen BIP in beiden Jahren nur geringfügig unter der Zunahme des Produktionspotenzials; die positive Produktionslücke wird sich im Prognosezeitraum langsam schließen.

Die Erwerbstätigkeit bleibt aufwärtsgerichtet. Im Jahresdurchschnitt 2016 dürfte die Zahl der Erwerbstätigen um knapp 450.000 gestiegen sein, im Jahr 2017 wird sie sich voraussichtlich um 300.000 erhöhen. Für das Jahr 2018 rechnet das ifo INSTITUT mit einer Zunahme der Erwerbstätigkeit um durchschnittlich 375.000 Personen. Der Aufbau der Beschäftigung wird dabei überwiegend durch die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung getragen. Die Zahl der Arbeitslosen dürfte im Jahresdurchschnitt 2016 um gut 100.000 gesunken sein. Die

Tabelle 1: Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

| | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 |
|--|--------|--------|--------|--------|
| Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr ^a | | | | |
| Private Konsumausgaben | 2,0 | 1,9 | 1,2 | 1,2 |
| Konsumausgaben des Staates | 2,7 | 4,3 | 3,0 | 2,1 |
| Bruttoanlageinvestitionen | 1,7 | 2,2 | 1,8 | 3,1 |
| Ausrüstungen | 3,7 | 1,2 | 1,3 | 3,9 |
| Bauten | 0,3 | 2,6 | 1,8 | 2,8 |
| Sonstige Anlagen | 1,9 | 2,7 | 2,6 | 2,6 |
| Inländische Verwendung | 1,6 | 2,2 | 1,6 | 1,7 |
| Exporte | 5,2 | 2,4 | 3,1 | 4,2 |
| Importe | 5,5 | 3,2 | 3,8 | 4,8 |
| Bruttoinlandsprodukt (BIP) | 1,7 | 1,9 | 1,5 | 1,7 |
| Erwerbstätige ^b (1.000 Personen) | 43.057 | 43.495 | 43.792 | 44.165 |
| Arbeitslose (1.000 Personen) | 2.795 | 2.693 | 2.705 | 2.703 |
| Arbeitslosenquote ^c (in %) | 6,4 | 6,1 | 6,1 | 6,1 |
| Verbraucherpreise ^d (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr) | 0,3 | 0,5 | 1,5 | 1,7 |
| Lohnstückkosten ^e (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr) | 1,5 | 1,3 | 1,3 | 1,7 |
| Finanzierungssaldo des Staates ^f | | | | |
| - in Mrd. € | 20,9 | 21,5 | 11,6 | 9,2 |
| - in % des Bruttoinlandsprodukts | 0,7 | 0,7 | 0,4 | 0,3 |
| Leistungsblinanzsaldo | | | | |
| - in Mrd. € | 252,6 | 263,0 | 261,0 | 270,0 |
| - in % des Bruttoinlandsprodukts | 8,3 | 8,4 | 8,1 | 8,1 |

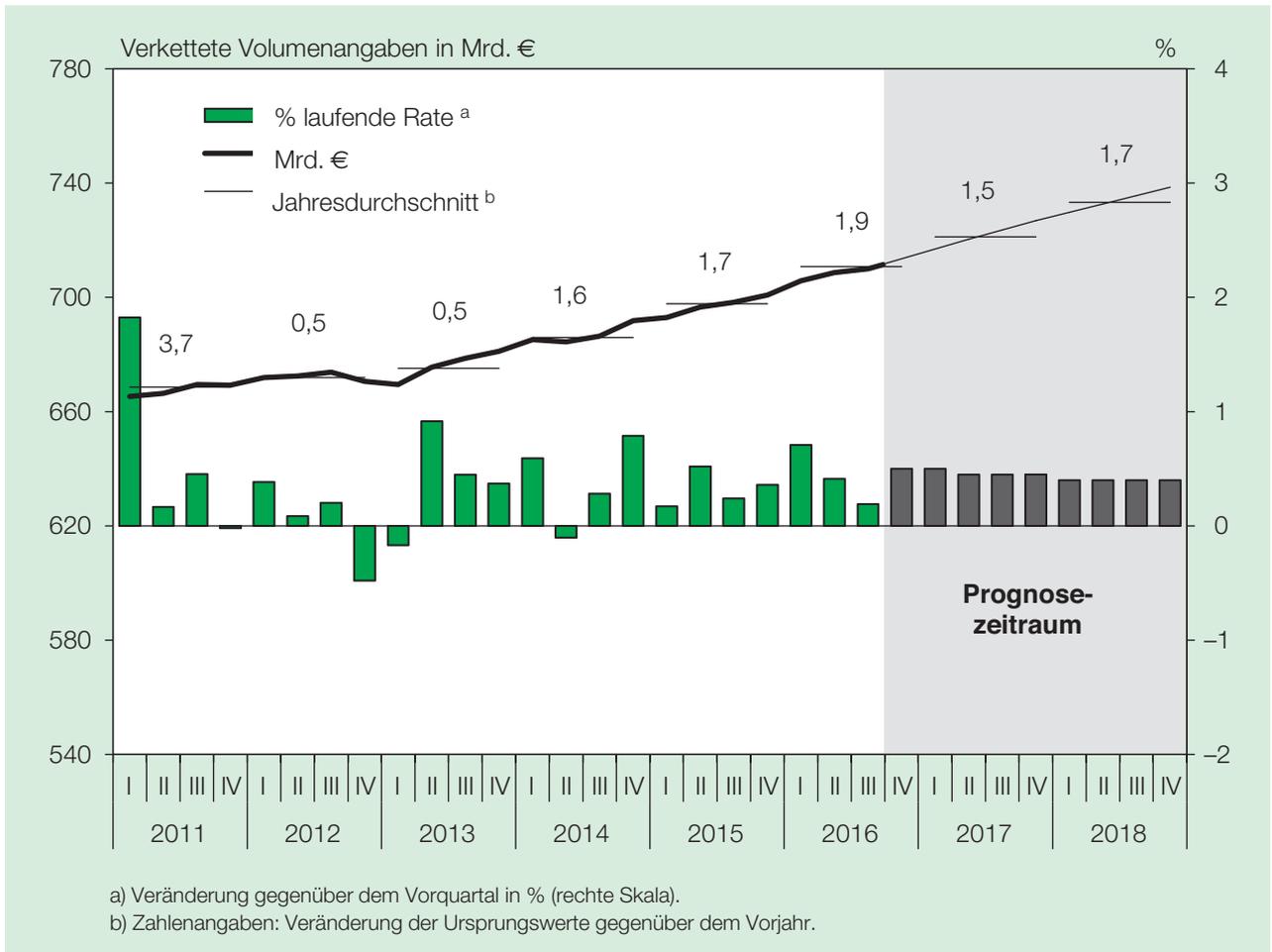
a) Preisbereinigte Angaben. – b) Inlandskonzept. – c) Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit). – d) Verbraucherpreisindex (2010=100). – e) Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das reale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. – f) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 2010).

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, Bundesagentur für Arbeit; 2016 bis 2018: Prognose des ifo Instituts.

Entwicklung in den Jahren 2017 und 2018 wird durch die Arbeitsmarkteffekte der Flüchtlingsmigration mitbeeinflusst. Der Anstieg des Erwerbspersonenpotenzials lässt eine leichte Zunahme um knapp 15.000 Arbeitslose im Jahresdurchschnitt 2017 erwarten. Im Jahresdurchschnitt 2018 dürfte die Arbeitslosigkeit in etwa auf dem Stand des Jahres 2017 verharren. Die Arbeitslosenquote beträgt in allen drei Jahren wohl 6,1%.

Die Verbraucherpreise sind im abgelaufenen Jahr um 0,5% gegenüber dem Vorjahr gestiegen, wobei das niedrigere Niveau der Ölpreise dämpfend gewirkt hat. Im laufenden Jahr verstärkt sich der hausgemachte Preisauftrieb, zudem gehen von den Ölpreisen annahm gemäß keine weiteren preisdämpfenden Impulse aus. Im Jahresdurchschnitt 2017 wird sich das Verbraucherpreisniveau in Deutschland voraussichtlich um 1,5% er-

Abbildung 1: Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland (saison- und kalenderbereinigter Verlauf)



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, Bundesagentur für Arbeit; 2016 bis 2018: Prognose des ifo Instituts.

höhen, im Jahresdurchschnitt 2018 um 1,7 %. Die Kerninflationsrate (Inflationsrate ohne Energieträger) dürfte von 1,2 % im Jahr 2016 auf 1,4 % im laufenden Jahr steigen; im Jahr 2018 ist eine Rate in Höhe von 1,7 % zu erwarten.

Die Finanzpolitik ist im Jahr 2017 expansiv ausgerichtet, im Jahr 2018 dürfte sie voraussichtlich auf einen neutralen Kurs einschwenken. Der gesamtstaatliche Finanzierungsüberschuss dürfte im abgelaufenen Jahr in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt auf dem

Niveau des Vorjahres verharrt haben (0,7 %); im Jahr 2017 wird die Quote auf 0,4 % und im Jahr 2018 auf 0,3 % sinken. Der strukturelle Finanzierungssaldo ist seit dem Jahr 2013 positiv und dürfte von 0,4 % in Relation zum nominalen Produktionspotenzial im vergangenen Jahr auf 0,1 % im nächsten Jahr sinken.

¹ Gekürzte Fassung der ifo Konjunkturprognose vom Dezember 2016. Vgl. T. Wollmershäuser, W. Nierhaus et. al., ifo Konjunkturprognose 2016–2018: Robuste deutsche Konjunktur vor einem Jahr ungewisser internationaler Wirtschaftspolitik, in: ifo Schnelldienst, 24/2016, 69. Jg., S. 28–73.

ifo Konjunkturprognose Ostdeutschland und Sachsen 2016/2017: Ostdeutsche Wirtschaft bleibt in Schwung, aber internationale Unsicherheit dämpft die Dynamik

Jannik A. Nauerth, Joachim Ragnitz und Michael Weber*

Nach einem guten Start ins Jahr 2016 verlor die Konjunktur in Ostdeutschland und Sachsen im dritten Quartal vorübergehend etwas an Fahrt. Insbesondere in der Industrie verlangsamte sich zu Beginn der zweiten Jahreshälfte die Dynamik. Zum Jahresende dürfte sich die konjunkturelle Entwicklung jedoch wieder beschleunigt haben. Insgesamt dürfte die reale Wirtschaftsleistung der Prognose der Dresdner Niederlassung des IFO INSTITUTS vom 21.12.2016 zufolge im Jahr 2016 in Ostdeutschland um 1,6 % und im Freistaat Sachsen um 1,7 % zugenommen haben (vgl. Tab. 1). Auch im laufenden Jahr 2017 bleiben die konjunkturellen Vorzeichen positiv. Allerdings wird die Wirtschaftsleistung in Ostdeutschland (+1,3 %) und Sachsen (+1,4 %) voraussichtlich nicht mehr ganz so kräftig expandieren wie im vergangenen Jahr.

Positive Impulse für die Konjunktur kommen auch weiterhin im Wesentlichen aus der Binnenwirtschaft, insbesondere von der anhaltend hohen Wohnungsbau-tätigkeit sowie der starken Konsumnachfrage der Verbraucher. Zudem weitet auch die öffentliche Hand ihr Angebot, u. a. mit der angekündigten Aufstockung der Zahl der Polizisten und Lehrer sowie der Qualifizierung der anerkannten Asylbewerber, weiter aus. Aus dem Auslandsgeschäft sind hingegen auch im Jahr 2017 nur geringe Impulse für die ostdeutsche Wirtschaft zu erwarten.

* Prof. Dr. Joachim Ragnitz ist stellvertretender Geschäftsführer, Jannik A. Nauerth ist Doktorand und Dr. Michael Weber wissenschaftlicher Mitarbeiter der Niederlassung Dresden des Ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

Tabelle 1: Eckdaten der Konjunkturprognose Ostdeutschland (mit Berlin) und Sachsen

| Veränderungen zum Vorjahr (in %) ^a | Ostdeutschland (mit Berlin) | | | Sachsen | | |
|--|-----------------------------|------|------|---------|------|------|
| | 2015 | 2016 | 2017 | 2015 | 2016 | 2017 |
| Bruttoinlandsprodukt | 1,9 | 1,6 | 1,3 | 1,5 | 1,7 | 1,4 |
| Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche | 1,7 | 1,6 | 1,2 | 1,4 | 1,6 | 1,3 |
| Bruttowertschöpfung Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe | 1,4 | 1,6 | 1,1 | 1,5 | 1,8 | 1,3 |
| Bruttowertschöpfung Baugewerbe | -0,4 | 1,2 | 0,9 | -1,9 | 1,2 | 1,1 |
| Bruttowertschöpfung Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe, Information und Kommunikation | 2,7 | 2,4 | 2,0 | 3,0 | 2,5 | 2,1 |
| Bruttowertschöpfung Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister sowie Grundstücks- und Wohnungswesen | 2,2 | 1,1 | 1,0 | 1,3 | 1,1 | 1,1 |
| Bruttowertschöpfung Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit, Private Haushalte | 1,7 | 1,5 | 1,0 | 1,3 | 1,4 | 0,9 |
| Zahl der Erwerbstätigen | 0,2 | 1,0 | 0,6 | -0,2 | 1,0 | 0,6 |

a) Die Angaben zum Bruttoinlandsprodukt und zur Bruttowertschöpfung basieren auf den Preisen des Vorjahres.

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (2016b), 2016 und 2017: Prognose des Ifo Instituts.

Beeinträchtigt wird die Dynamik von der aktuell hohen internationalen Unsicherheit über den wirtschaftspolitischen Kurs wichtiger Handelspartner. Diese wirkt sich direkt und indirekt auf die ostdeutsche Wirtschaft aus: Direkt über das Auslandsgeschäft der ostdeutschen und sächsischen Unternehmen; indirekt über die Zuliefererbeziehungen hiesiger Unternehmen zu westdeutschen Exporteuren.

Der vorliegende Artikel beleuchtet, welche Entwicklungen im Einzelnen in den Wirtschaftsbereichen Ostdeutschlands und Sachsens zu erwarten sind. Maßgeblich für diese Betrachtung ist der Informationsstand, der zum Zeitpunkt der Prognoserechnung vorgelegen hat; zwischenzeitlich veröffentlichte Daten können nicht berücksichtigt werden. Zuerst werden die grundlegenden Annahmen der Prognose vorgestellt und die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen erläutert. Hieran schließt sich die Betrachtung der konjunkturellen Entwicklung in Ostdeutschland und Sachsen an.

Annahmen

Die Konjunkturprognose für Ostdeutschland (mit Berlin) und den Freistaat Sachsen ist auf die Deutschland-Prognose des IFO INSTITUTS vom 16.12.2016 koordiniert [vgl. hier und im Folgenden NIERHAUS (2017)]. Die Prognose des IFO INSTITUTS basiert auf der Annahme, dass ein Barrel Rohöl der Sorte Brent im Jahr 2016 durchschnittlich 44,5 US-\$ und im laufenden Jahr 52,4 US-\$ kostet. Für den Wechselkurs zwischen Euro und US-Dollar wurden für das vergangene Jahr 1,11\$ je € und im laufenden Jahr 1,06 \$ je € unterstellt.

Risiken bestehen angesichts verschiedener politischer Ereignisse in den zurückliegenden sechs Monaten, die weitreichende und in hohem Maße ungewisse Konsequenzen für die Weltwirtschaft in den kommenden Jahren haben könnten. So entschied Großbritannien im Juni 2016 mit einem Referendum den Austritt aus der EUROPÄISCHEN UNION (EU); allerdings ist es noch völlig ungewiss, wann der Brexit stattfinden wird und wie die neuen Wirtschaftsbeziehungen zwischen Großbritannien und der EU aussehen könnten. In den USA hat der neu gewählte Präsident Donald Trump während des Wahlkampfes für eine starke Ausweitung der staatlichen Infrastrukturinvestitionen in Verbindung mit Unternehmensteuersenkungen sowie einer merklich protektionistischeren Außenhandelspolitik geworben. Ob, in welchem Umfang und wann diese Vorhaben umgesetzt werden können, ist ebenfalls noch völlig ungewiss. Schließlich hat Italien in einem Referendum eine Verfassungsänderung abgelehnt, die das wirtschaftlich angeschlagene Land reformfähiger hätte machen können.

In der vorliegenden Prognose wird unterstellt, dass die Brexit-Verhandlungen zwischen Großbritannien und der EU ohne nennenswerte Verwerfungen verlaufen und zu einer Verhandlungslösung führen, bei der es zu keinen signifikanten Beeinträchtigungen der wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen der EU und Großbritannien kommt. Auch wird angenommen, dass im Prognosezeitraum die US-Regierung die bereits geltenden oder kurz vor dem Abschluss stehenden Freihandelsabkommen nicht nennenswert abändert oder gar aufkündigt und den grenzüberschreitenden Güter- und Kapitalaustausch der USA mit dem Rest der Welt nicht einschränkt. Mangels konkreter Pläne oder gar Beschlüsse wird unterstellt, dass sich die finanzpolitische Ausrichtung der USA im Prognosezeitraum nicht ändert. Für Italien wird schließlich der Status quo eines weiterhin schleppend verlaufenden Reformprozesses unterstellt. Dabei wird angenommen, dass die prekäre Situation des italienischen Bankensektors zu keinen größeren finanziellen Verwerfungen führt.

Die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen: Weltwirtschaft und Deutschland

Die Weltwirtschaft expandierte im zurückliegenden Sommerhalbjahr etwas kräftiger als noch zu Jahresbeginn 2016. Im Winterhalbjahr 2016/2017 wird das Tempo der weltwirtschaftlichen Expansion im Vergleich zum dritten Quartal 2016, der Prognose des IFO INSTITUTS vom 16.12.2016 zufolge, aber wieder etwas abnehmen. Insgesamt dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion in der Welt im Jahr 2016 um 2,4 % zugenommen haben. In diesem Jahr dürfte die Rate auf 2,9 % steigen, wobei sich das Wachstum im Verlauf des Jahres 2017 voraussichtlich geringfügig abschwächen wird.

Hierbei ist berücksichtigt, dass die politischen Ereignisse der letzten Monate – etwa die Referenden in Großbritannien zum Austritt aus der EU und in Italien über eine Verfassungsänderung ebenso wie der Ausgang der US-Präsidentenwahl – vielerorts zu einem deutlichen Anstieg der Unsicherheit geführt haben. Dies dürfte für sich genommen die Bereitschaft, Investitionen zu tätigen und langlebige Konsumgüter zu erwerben, mindern und damit die Wirtschaftsleistung im Prognosezeitraum beeinträchtigen. Dämpfend wirkt zudem die trendmäßige Verlangsamung des Wirtschaftswachstums in China. Positive Impulse kommen hingegen wie schon im vergangenen Jahr aus der Finanzpolitik in den großen aufstrebenden Volkswirtschaften.

In den wichtigsten fortgeschrittenen Volkswirtschaften bleibt die Geldpolitik außerordentlich expansiv ausgerichtet, wenn auch die US-amerikanische FED über eine Zinsanhebung und die EUROPÄISCHE ZENTRALBANK (EZB) über

die Ankündigung, ab April 2017 die monatlichen Anleihekäufe zu reduzieren, einen allmählichen Ausstieg aus ihrer ultralockeren Geldpolitik eingeleitet haben. Durch die jüngste Zinsanhebung in den USA dürfte der Wechselkurs von Euro zu Dollar im Jahr 2017 gut 5 % unter dem Kurs des vergangenen Jahres liegen. Auch die Finanzpolitik der großen fortgeschrittenen Volkswirtschaften dürfte leicht positive Impulse für die Konjunktur haben; der Konsolidierungskurs der vergangenen Jahre wird wohl vorerst nicht weiter verfolgt. Im Euroraum, wo sich die 2013 einsetzende konjunkturelle Erholung in moderatem Tempo fortsetzen dürfte, resultiert der Großteil dieser finanzpolitischen Lockerung aus den deutlich gesunkenen Zinsen auf öffentliche Anleihen und der wohlwollenden Haltung der EU-Kommission gegenüber Mitgliedsstaaten, die gegen die fiskalischen Regeln verstoßen. Belastet wird die Wirtschaft des Euroraums nach wie vor durch die massiven strukturellen Schwächen einiger Mitgliedsländer, insbesondere Italiens.

In Deutschland hat die gesamtwirtschaftliche Produktion im Sommerhalbjahr merklich an Schwung verloren, sie dürfte aber im vierten Quartal 2016 wieder an Fahrt gewonnen haben. Alles in allem dürfte das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt in Deutschland im Jahresdurchschnitt 2016 voraussichtlich um 1,9 % expandiert sein. Im Jahr 2017 dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion um 1,5 % wachsen. Dabei wird das Wachstum im Jahresvergleich durch die geringere Zahl von Arbeitstagen im Jahr 2017 gedämpft; ohne Berücksichtigung dieses Kalendereffekts liegt die Wachstumsdynamik in 2017 mit 1,8 % nur etwas unterhalb der des vergangenen Jahres.

Die deutsche Wirtschaft befindet sich damit seit 2013 in einem moderaten Aufschwung, der aber, anders als in früheren Konjunkturaufschwüngen, nicht vom Export, sondern von der Binnennachfrage getragen wird. Der private Konsum dürfte wie bereits im vergangenen Jahr anhaltend kräftig expandieren, befördert von höheren Tariflöhnen, zunehmenden Transfereinkommen und der steigenden Beschäftigung. Der bislang vorrangig migrationsgetriebene öffentliche Konsum wird 2017 hingegen an Fahrt verlieren, da den anerkannten Asylbewerbern dann vermehrt Geld- statt Sachleistungen gewährt werden. Die Investitionen in Ausrüstungen werden im Vergleich zu früheren Aufschwungphasen weiter unterdurchschnittlich expandieren. Maßgeblich hierfür dürften vor allem die sich wenig dynamisch entwickelnden Absatzperspektiven auf vielen Auslandsmärkten sowie die außergewöhnlich hohe Ungewissheit bezüglich des zukünftigen wirtschaftspolitischen Kurses wichtiger Handelspartner Deutschlands sein. Dagegen profitieren die Investitionen in Bauten vom weiterhin günstigen Zinsumfeld, die Investitionen in Wohnbauten werden durch die große Zahl von Wohnungssuchenden zusätzlich angeregt.

Bei alledem bleibt die Entwicklung der Erwerbstätigkeit aufwärtsgerichtet. Im Jahresdurchschnitt 2016 dürfte die Zahl der Erwerbstätigen um knapp 450.000 bzw. 1,0 % steigen, im Jahr 2017 um 300.000 (+0,7 %). Der Aufbau der Beschäftigung wird dabei überwiegend durch die Schaffung zusätzlicher sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse getragen.

Prognose für Ostdeutschland und Sachsen im Überblick

Ostdeutschland und Sachsen befinden sich ebenso wie Deutschland insgesamt in einem moderaten Aufschwung. Da die wesentlichen Impulse nach wie vor der Binnenkonjunktur entspringen, folgt die konjunkturelle Entwicklung auch weiterhin dem gesamtdeutschen Verlaufsbild. Dabei expandierte das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt nach vorläufigen Berechnungen des ARBEITSKREISES VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN (VGR) DER LÄNDER (2016) im ersten Halbjahr 2016 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 2,3 % in Deutschland, 2,4 % in Ostdeutschland und 2,5 % in Sachsen. Der Freistaat dürfte dabei gegenüber Ostdeutschland unter anderem von einem leicht überdurchschnittlichen Wertschöpfungswachstum im Verarbeitenden Gewerbe profitiert haben. So stiegen im Durchschnitt des ersten Halbjahres die nominalen Umsätze der Monatsmelder (Betriebe mit 50 und mehr tätigen Personen) im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden nach Angaben des STATISTISCHEN BUNDESAMTES (2016b) mit 1,3 % in Sachsen deutlich stärker als in Ostdeutschland oder Deutschland insgesamt (je 0,7 %). Auch preisbereinigt stiegen die Umsätze im Durchschnitt des ersten Halbjahres in Sachsen deutlich stärker als zum Beispiel in Deutschland.

In der zweiten Hälfte des Jahres 2016 dürfte sich die gesamtwirtschaftliche Dynamik dem Verlaufsbild Deutschlands folgend zunächst verlangsamt, zum Jahresende hin aber wieder etwas beschleunigt haben. So gaben die ifo Geschäftsklimaindizes für die gewerbliche Wirtschaft in Ostdeutschland und Sachsen im dritten Quartal deutlich nach, ehe sie im Laufe des vierten Quartals wieder anstiegen. Geprägt wurde diese Entwicklung von einer vorübergehenden Verlangsamung der Dynamik im Verarbeitenden Gewerbe, die in Sachsen deutlich und in Ostdeutschland etwas stärker ausgeprägt war als in Deutschland insgesamt. Dagegen dürfte sich die Ausweitung der Produktion im Bauhauptgewerbe den ifo Konjunkturtestergebnissen zufolge im gesamten Jahresverlauf tendenziell beschleunigt haben, in Sachsen und Ostdeutschland allerdings schwächer als in

Deutschland insgesamt. Begünstigt wurde die Dynamik im Baugewerbe durch die anhaltend hohe Nachfrage nach Wohnraum in den ostdeutschen Städten, die ihrerseits durch den Wohnraumbedarf der Flüchtlingsmigranten zusätzliche Impulse erhielt. Anders als in Deutschland insgesamt expandierte der öffentliche Bau Ostdeutschlands im bisherigen Jahresverlauf jedoch nur verhalten. Die konsumnahen Dienstleistungsbereiche wiederum profitierten von der guten Arbeitsmarkt- und Einkommenssituation der Verbraucher, bei den öffentlichen Dienstleistern wuchs die Produktion beschleunigt durch die Versorgung, Betreuung und Unterbringung der Flüchtlingsmigranten.

Auch im Jahr 2017 bleibt der private Konsum eine wesentliche Stütze der wirtschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland und Sachsen. Hiervon profitieren insbesondere die konsumnahen Produktionsbereiche. Das Baugewerbe dürfte ebenfalls weiter expandieren; die Wachstumsrate wird jedoch durch das hohe Ausgangsniveau und die bereits jetzt sehr hohe Kapazitätsauslastung begrenzt. Zusätzlich werden von den Qualifizierungsmaßnahmen für die anerkannten Asylbewerber und vom Umzug der Zentrale des BUNDESNACHRICHTENDIENSTES nach Berlin positive Impulse im öffentlichen Sektor ausgehen.

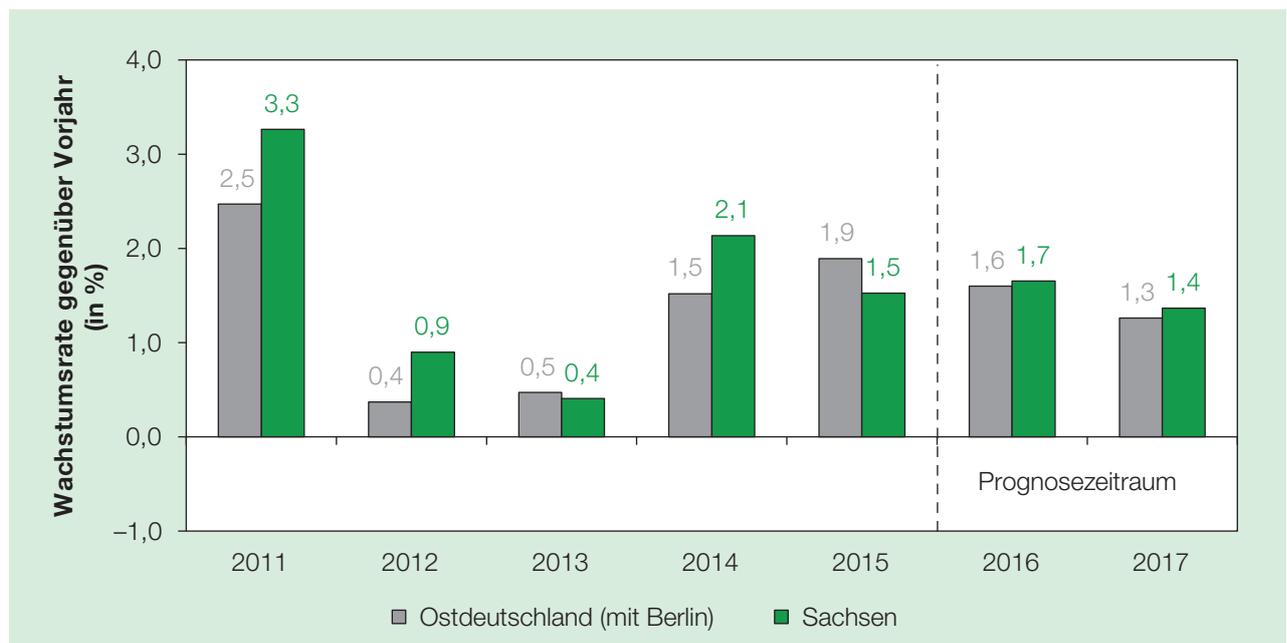
Insgesamt prognostiziert die Dresdner Niederlassung des IFO INSTITUTS ein Wachstum des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts in Ostdeutschland um 1,6 % im Jahr 2016 und um 1,3 % im Jahr 2017. Im Freistaat Sach-

sen wird die Wirtschaftsleistung mit Wachstumsraten von 1,7 % bzw. 1,4 % in beiden Jahren geringfügig dynamischer expandieren (vgl. Abb. 1).

Die Erwerbstätigkeit dürfte bei alledem im Prognosezeitraum stärker zunehmen als in den vergangenen Jahren. Dabei wurde und wird ein erheblicher Teil der zusätzlichen Beschäftigung durch die Einstellung von Arbeitsmigranten aus EU- und Nicht-EU-Ländern realisiert. Nach Berechnungen des ARBEITSKREISES ERWERBSTÄTIGENRECHNUNG DES BUNDES UND DER LÄNDER (2016) waren allein in den ersten drei Quartalen des letzten Jahres in Ostdeutschland und Sachsen jeweils 1,2 % mehr Personen erwerbstätig als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Ein Teil dieses Zuwachses resultiert jedoch aus der deutlichen Ausweitung der Beschäftigung im öffentlichen Sektor im dritten Quartal des Jahres 2015 zur Betreuung der Flüchtlingsmigranten, sodass die durchschnittliche Jahreswachstumsrate insgesamt etwas niedriger ausfallen dürfte.

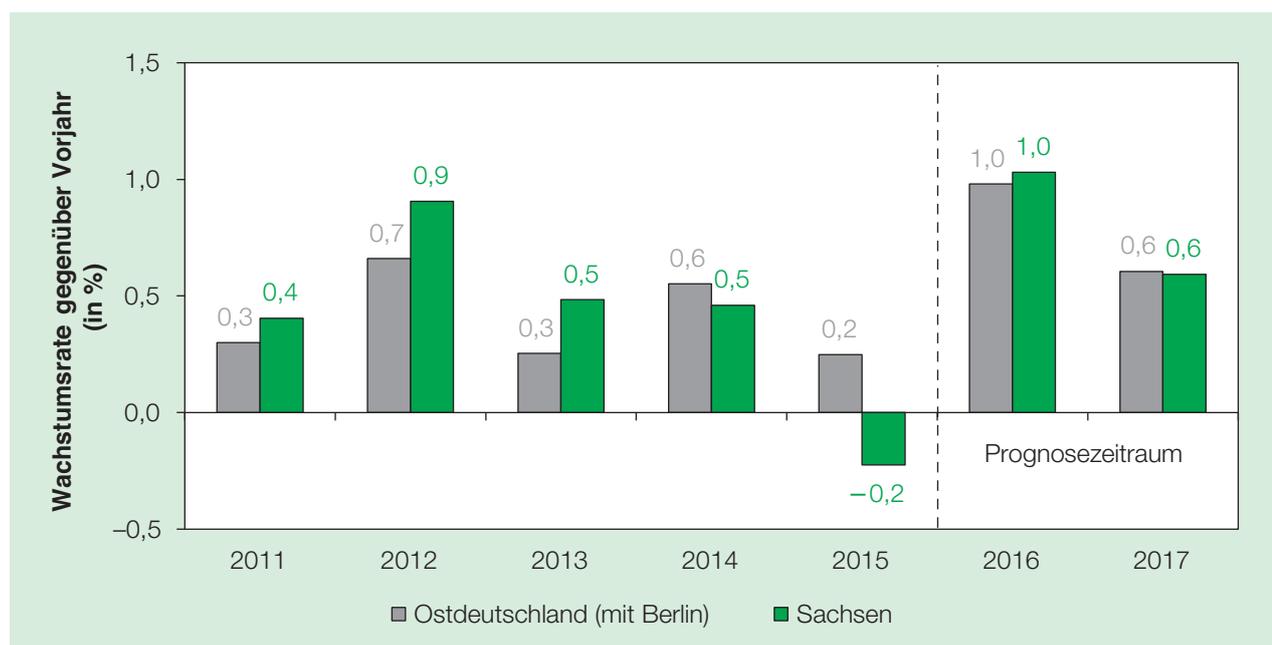
Alles in allem erwartet das IFO INSTITUT eine Zunahme der Erwerbstätigkeit im Jahr 2016 um 76.000 Personen (+1,0%) in Ostdeutschland und um 21.000 Personen (+1,0%) in Sachsen. Im Jahr 2017 dürfte die Erwerbstätigkeit der etwas nachlassenden Dynamik der Wirtschaftsleistung folgend wieder weniger kräftig wachsen als im Jahr 2016. In Ostdeutschland wird die Erwerbstätigkeit voraussichtlich um 47.000 Personen (+0,6%) und im Freistaat Sachsen um 12.000 Personen (+0,6%) expandieren (vgl. Abb. 2).

Abbildung 1: Wachstumsraten des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts in Ostdeutschland (mit Berlin) und Sachsen



Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (2016b), 2016 und 2017: Prognose des ifo Instituts.

Abbildung 2: Wachstumsraten der Zahl der Erwerbstätigen in Ostdeutschland (mit Berlin) und Sachsen



Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (2016b), 2016 und 2017: Prognose des ifo Instituts.

Die Wirtschaftsbereiche im Einzelnen

Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe: Abnahme der Dynamik im Prognosezeitraum

Die Stimmung im ostdeutschen und sächsischen Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) hat sich im Laufe des ersten Halbjahres 2016 zunächst gebessert, im dritten Quartal vorübergehend aber wieder spürbar eingetrübt. Dies legen die Befragungsergebnisse des ifo Konjunkturtests im Verarbeitenden Gewerbe nahe. Nach Angaben des STATISTISCHEN BUNDESAMTES (2016b) stagnierten die nominalen Umsätze der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) mit 50 und mehr Beschäftigten im Durchschnitt der ersten drei Quartale gegenüber dem Vorjahreszeitraum, nachdem im ersten Halbjahr insgesamt noch ein leichtes Umsatzplus verbucht werden konnte.

Hierzu beigetragen hat unter anderem die schwache Entwicklung der Auslandsnachfrage in den ersten drei Quartalen des Jahres 2016. Während in diesem Zeitraum die Auslandsumsätze der ostdeutschen Betriebe immerhin noch um 0,3 % zunahmen, sanken die Auslandsumsätze der sächsischen Industrie um 2,9 %. Hier wirkten unter anderem die strukturellen Anpassungen in der Automobilindustrie, die in Sachsen stark vertreten ist und einen erheblichen Teil zum Export beiträgt. So verzeichneten die sächsischen Investitionsgüterproduzenten im dritten Quartal einen Umsatzrück-

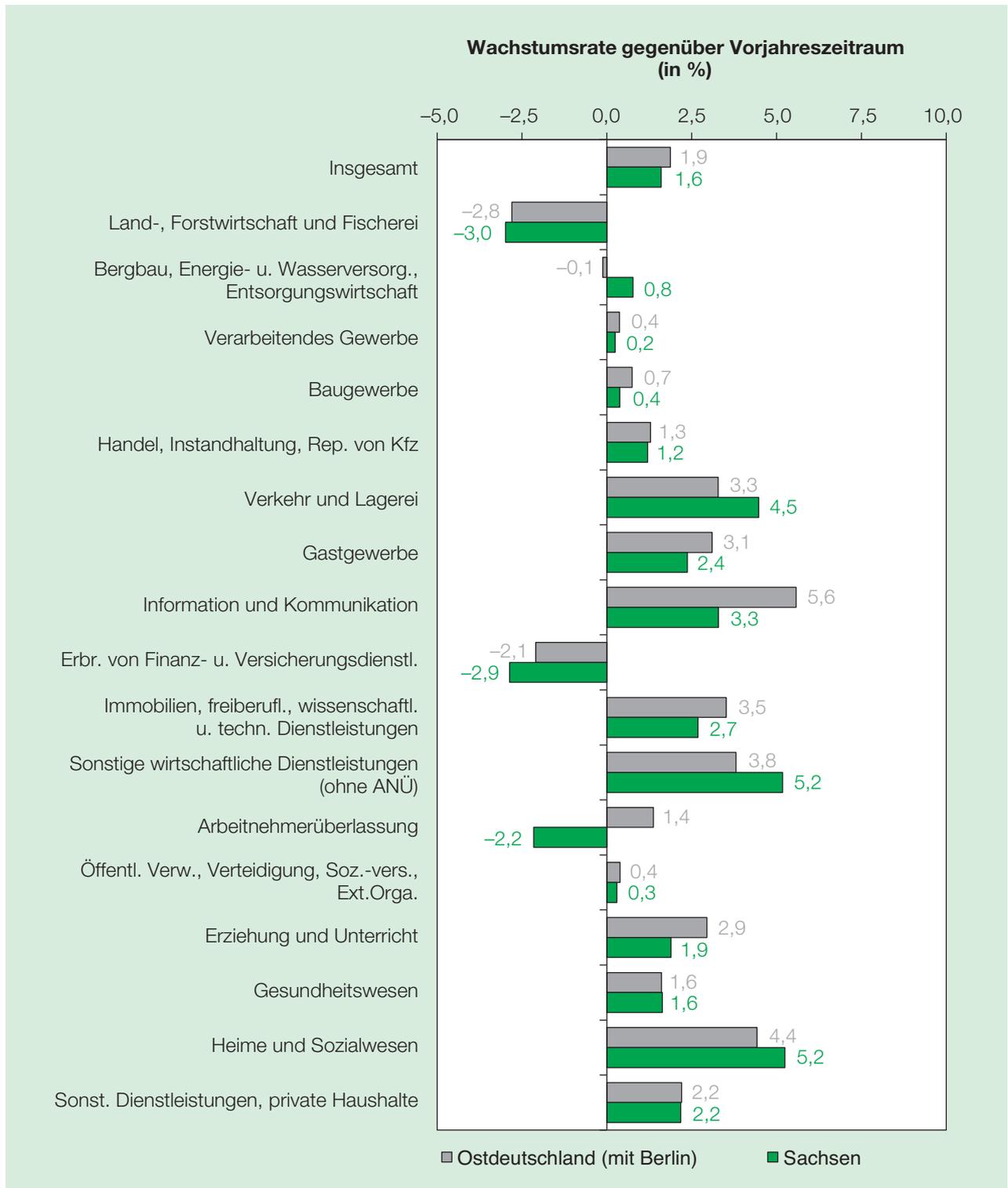
gang von 5,9 %. Ein Teil der Entwicklung der nominalen Umsätze spiegelt aber auch den Rückgang der Erzeugerpreise wider.

Trotz der verhaltenen Umsatzentwicklung nahm die Zahl der Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe nach vorläufigen Berechnungen der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (2016) weiter zu. In der ostdeutschen Industrie waren in den ersten neun Monaten des Jahres 2016 etwa 0,4 % mehr Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt als im Vorjahreszeitraum. In Sachsen konnte im gleichen Zeitraum eine Zunahme von 0,2 % verzeichnet werden (vgl. Abb. 3).

Im Prognosezeitraum dürfte die Dynamik des Verarbeitenden Gewerbes nur moderat bleiben. Ein Grund hierfür ist die gemäßigte Gangart der Weltwirtschaft. Zwar dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion der Welt im Jahresdurchschnitt beschleunigt zulegen, allerdings entwickeln sich die Absatzperspektiven für deutsche Exporteure in vielen Auslandsmärkten nur wenig dynamisch. Über die Vorleistungsverflechtungen mit westdeutschen Firmen betrifft dies auch die Industrie in Ostdeutschland und Sachsen. Dämpfend wirken darüber hinaus die wieder anziehenden Energiepreise sowie die außergewöhnlich hohe internationale wirtschaftspolitische Unsicherheit, die aus dem bevorstehenden Brexit, dem Ergebnis der US-Präsidentenwahl und dem Scheitern der Regierung Renzi in Italien resultiert.

Entsprechend prognostiziert das IFO INSTITUT im Produzierenden Gewerbe (ohne Bau) eine Zunahme der preis-

Abbildung 3: Wachstumsraten der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Ostdeutschland (mit Berlin) und Sachsen, nach Wirtschaftszweigen, Januar bis September 2016

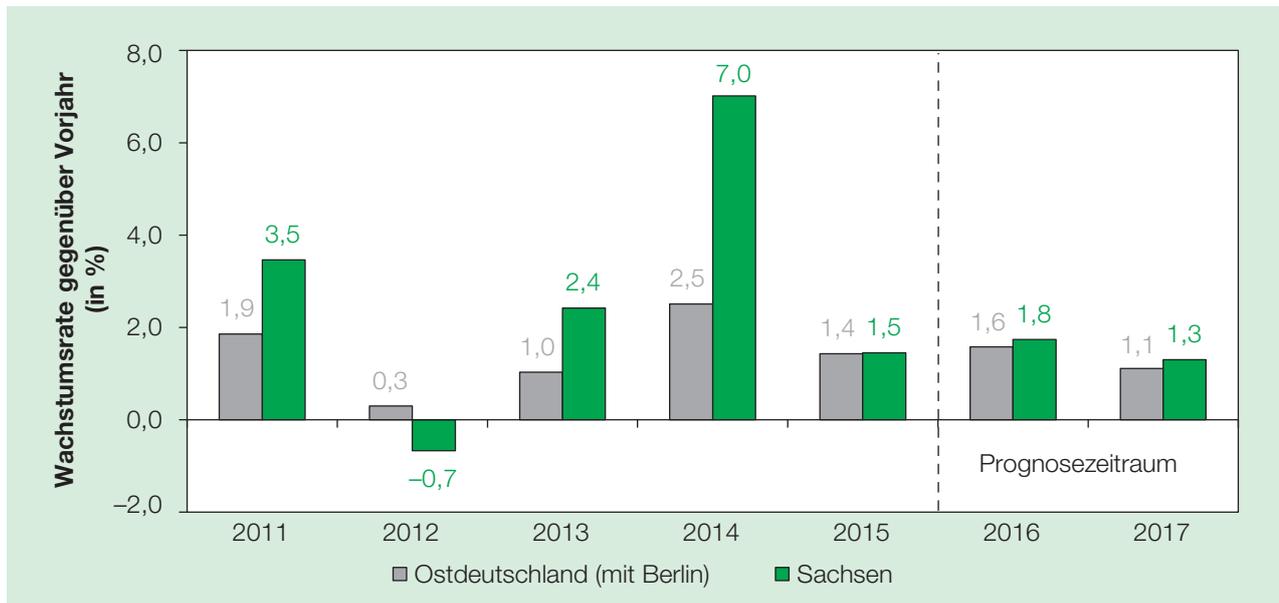


Quellen: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2016), Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

bereinigten Bruttowertschöpfung in Ostdeutschland (mit Berlin) von 1,6% im Jahr 2016 und 1,1% im laufenden Jahr (vgl. Abb. 4). Der Freistaat Sachsen wird im Jahr 2016 eine etwas höhere Wachstumsrate der preisbereinig-

ten Bruttowertschöpfung von 1,8% aufweisen. Auch im Jahr 2017 wird die reale Bruttowertschöpfung des Freistaats mit 1,3% etwas stärker expandieren als in Ostdeutschland.

Abbildung 4: Wachstumsraten der preisbereinigten Bruttowertschöpfung im Produzierenden Gewerbe (ohne Bau) in Ostdeutschland (mit Berlin) und Sachsen



Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (2016b), 2016 und 2017: Prognose des ifo Instituts.

Baugewerbe: Wohnungsbau treibt das ostdeutsche Baugewerbe

Das Baugewerbe in Ostdeutschland (mit Berlin) und Sachsen startete kräftig in das Jahr 2016. Die Umsätze legten insbesondere im zweiten Quartal deutlich zu. Ursächlich hierfür war das milde Klima am Jahresanfang, welches dafür sorgte, dass geplante Bauvorhaben auch über den Winter hinweg fortgeführt werden konnten. Deutliche Impulse für die ostdeutsche Bauwirtschaft gingen dabei insbesondere vom Wohnungsbau aus. Hier machte sich neben den günstigen Finanzierungsbedingungen insbesondere die starke Binnenmigration in ostdeutsche Großstädte bemerkbar, die vor allem in Berlin, Potsdam, Dresden, Jena und Leipzig zu steigenden Mieten und damit zunehmender Wohnungsbautätigkeit geführt hat. Gleichzeitig sind damit aber auch die Baupreise gestiegen, was ebenfalls zu den Umsatzsteigerungen beigetragen hat. Im Laufe der ersten drei Quartale des Jahres 2016 nahmen die Umsätze des ostdeutschen Wohnungsbaus (Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten) nicht zuletzt deshalb um fast 30 % zu; in Berlin um 42,4 %. Die Umsätze der sächsischen Wohnungsbauunternehmen erhöhten sich mit 4,2 % demgegenüber deutlich schwächer [vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT (2016a)].

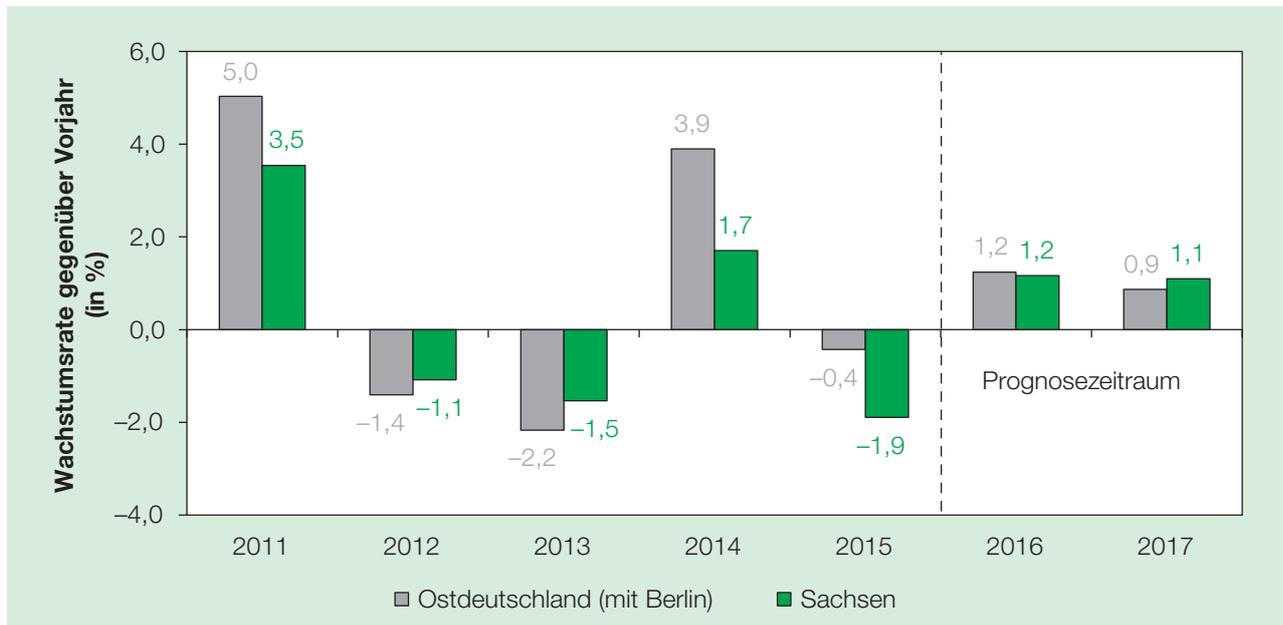
Alles in allem nahm der baugewerbliche Umsatz der ostdeutschen Baubetriebe mit 20 und mehr tätigen Personen in den ersten drei Quartalen des Jahres 2016 um 8,8 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum zu (Deutschland: +7,9 %). In Sachsen legten die Bauumsätze um 5,2 % zu; ein wesentlicher Treiber war hier auch der für Sachsen besonders bedeutsame öffentliche Bau. Gleichzeitig stieg die Zahl der

sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach vorläufigen Angaben der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (2016) in Ostdeutschland um 0,7 %. In Sachsen fiel die Zunahme der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den ersten drei Quartalen des Jahres 2016 mit 0,4 % etwas geringer aus.

Dem laufenden Jahr 2017 blickten die ostdeutschen und sächsischen Bauunternehmer bis zuletzt optimistisch entgegen. Die für den ifo Geschäftsklimaindex befragten Bauunternehmen äußerten sowohl in Ostdeutschland als auch in Sachsen Einschätzungen, die weit über dem langfristigen Mittel liegen. Auch im laufenden Jahr dürften aufgrund der hohen Binnenmigration Zuwächse im Wohnungsbau realisiert werden. Zusätzliche Impulse für das Baugewerbe werden von den Baumaßnahmen öffentlicher Auftraggeber ausgehen. So werden im Rahmen des Kommunalinvestitionsförderungsfonds hohe Mittel für kommunale Infrastrukturinvestitionen bereitgestellt. Außerdem wird der im Zuge der Digitalisierung erforderliche Ausbau der Breitbandnetze die ostdeutsche und insbesondere die sächsische Bauwirtschaft zusätzlich beflügeln. Allerdings wird sich die Dynamik der ostdeutschen Bauwirtschaft im Jahresverlauf 2017 etwas abschwächen, da einige Großprojekte im Jahr 2016 abgeschlossen werden konnten und dieser Rückgang nicht vollständig durch neue Projekte kompensiert wird. Zudem ist einer weiteren Expansion der Bautätigkeit durch eine anhaltend hohe Kapazitätsauslastung Grenzen gesetzt.

Alles in allem prognostiziert das ifo INSTITUT eine Ausweitung der preisbereinigten Bruttowertschöpfung im ostdeutschen Baugewerbe (mit Berlin) um 1,2 % im vergangenen Jahr und um 0,9 % im Jahr 2017 (vgl. Abb. 5). Die

Abbildung 5: Wachstumsraten der preisbereinigten Bruttowertschöpfung im Baugewerbe in Ostdeutschland (mit Berlin) und Sachsen



Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (2016b), 2016 und 2017: Prognose des ifo Instituts.

preisbereinigte Bruttowertschöpfung der sächsischen Bauwirtschaft dürfte im Jahr 2016 um 1,2% gewachsen sein. Im laufenden Jahr wird das sächsische Baugewerbe mit einer Wachstumsrate von 1,1% etwas stärker wachsen als Ostdeutschland insgesamt.

Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe, Information und Kommunikation: Weiterhin kräftiges Wachstum dank robustem privaten Konsum

Im Bereich der konsumnahen und IT-Dienstleister in Ostdeutschland und Sachsen dürfte die preisbereinigte Bruttowertschöpfung im Jahr 2016 spürbar gewachsen sein. So stiegen im Freistaat Sachsen nach Angaben des STATISTISCHEN LANDESAMTES (2016a, 2016b) die preisbereinigten Umsatzmesszahlen im Durchschnitt der ersten drei Quartale gegenüber dem Vorjahreszeitraum bei den konsumnahen Bereichen Einzelhandel und Gastgewerbe um 2,9% bzw. 2,8%, im Kfz-Handel sogar um 5,9%. Lediglich im Großhandel fiel das reale Umsatzplus bedingt durch die zeitweilig schwache Industriekonjunktur mit 0,4% gegenüber dem Vorjahreszeitraum vergleichsweise mager aus. Gleichzeitig waren nach vorläufigen, hochgerechneten Daten der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (2016) bei den konsumnahen und den IT-Dienstleistern im Durchschnitt der Monate Januar bis September in Ostdeutschland 2,5% und im Freistaat Sachsen 2,3% mehr Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt als im Vorjahreszeitraum.

Auch im vierten Quartal 2016 und im weiteren Prognosezeitraum ist eine vergleichsweise kräftige Expansion von Wertschöpfung und Beschäftigung in diesem Dienstleistungsbereich zu erwarten. Darauf deuten wichtige Frühindikatoren hin. Die ostdeutschen und noch mehr die sächsischen Befragungsteilnehmer beim ifo Konjunkturtest in den Bereichen Groß- und Einzelhandel waren im vierten Quartal mit ihrer Geschäftslage sehr zufrieden und mit Blick auf eine weitere Verbesserung in den kommenden Monaten durchaus optimistisch.

Grund hierfür ist, dass der private Konsum im Prognosezeitraum eine maßgebliche Stütze der ostdeutschen und sächsischen Konjunktur bleibt. Dabei profitierten die privaten Haushalte im vergangenen Jahr nicht nur von der guten Arbeitsmarktlage und gestiegenen Arbeitseinkommen, sondern auch von einem Plus bei den Transferleistungen. So wurden sie zu Beginn des Jahres 2016 unter anderem bei der Lohn- und Einkommensteuer etwas entlastet und es wurden das Kindergeld, die Leistungen der Grundsicherung und das Wohngeld erhöht. Zur Jahresmitte 2016 wurden zudem die Altersrenten kräftig angehoben, in Ostdeutschland mit 5,95% sogar deutlich stärker als in Westdeutschland mit 4,25%. Leicht dämpfend wirkte hingegen die Anhebung des von den Arbeitnehmern allein zu tragenden Zusatzbeitrags bei zahlreichen Krankenkassen um durchschnittlich 0,2%. Zum Jahresende dürften zudem die wieder anziehenden Energiepreise, verstärkt noch durch die Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar, gegenüber der ersten Jahreshälfte etwas Kaufkraft gekostet haben.

Im Jahr 2017 dürften bei weiterhin günstigen Beschäftigungsperspektiven die Arbeits- und Transfereinkommen der privaten Haushalte weiter steigen. Zu Jahresbeginn wurden unter anderem der Grund- und Kinderfreibetrag, das Kindergeld und der Kinderzuschlag angehoben. Zusätzlich wurde der gesetzliche Mindestlohn um 4,0% auf 8,84 € je Stunde heraufgesetzt. Zur Jahresmitte werden zudem die Renten der Lohnentwicklung des Jahres 2016 folgend nochmals spürbar erhöht. Allerdings werden auch die Verbraucherpreise deutlich stärker zunehmen als im Jahr 2016. Insbesondere die Energiepreise werden steigen, nachdem sich die OPEC auf eine Kürzung der Ölförderung einigen konnte und die EEG-Umlage von 6,354 Cent auf 6,88 Cent je Kilowattstunde heraufgesetzt wurde. Schließlich nehmen die Arbeitskosten und die Auslastung der Produktionskapazitäten zu, was angesichts der guten Konsumkonjunktur über Preissteigerungen an die privaten Haushalte weitergegeben werden dürfte. Dämpfend wirkt darüber hinaus die Anhebung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Pflegeversicherung um 0,2 Prozentpunkte mit Inkrafttreten des Zweiten Pflegestärkungsgesetzes am 1. Januar 2017.

Insgesamt dürften die positiven Impulse vom privaten Konsum für den Handelssektor im laufenden Jahr etwas schwächer ausfallen als im Jahr 2016. Allerdings profitieren Ostdeutschland und Sachsen über den weiter stark expandierenden Online-Handel, der für wichtige Online-Händler und ganz Deutschland über hiesige Verteilzentren abgewickelt wird, zunehmend auch von Kaufkraftgewinnen in Westdeutschland. Zusätzlich dürfte die

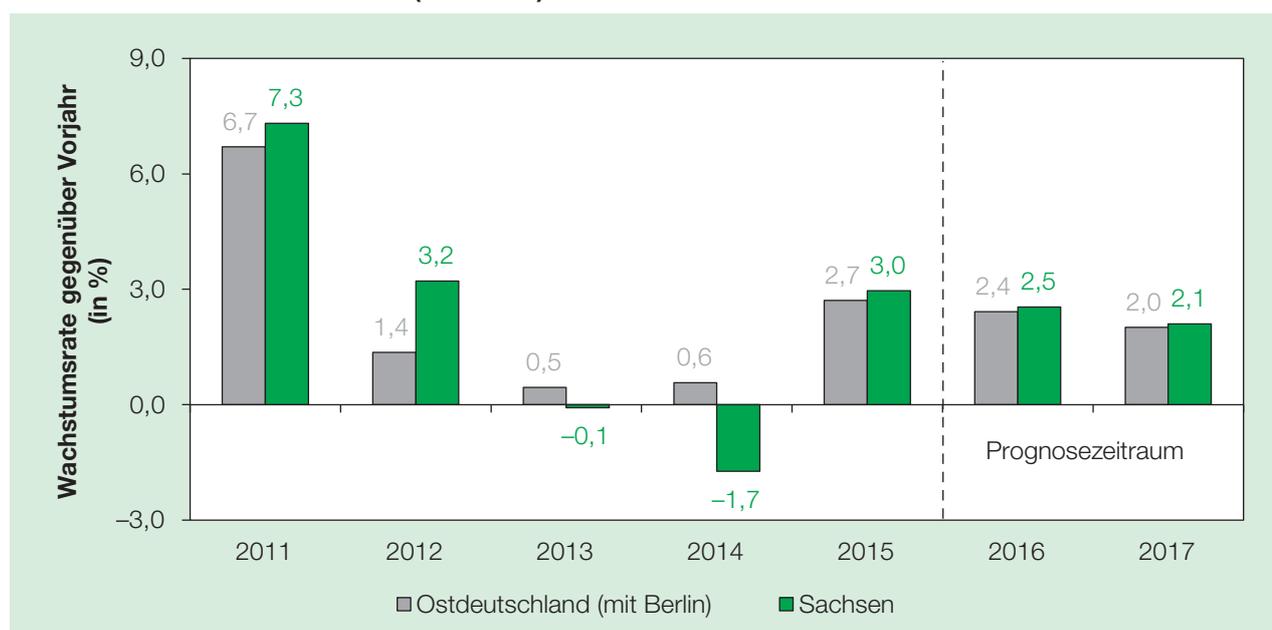
Dynamik im Großhandel und im Transportwesen im Prognosezeitraum geringfügig zunehmen.

Alles in allem prognostiziert das IFO INSTITUT für den Bereich „Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe, Information und Kommunikation“ ein Wachstum der preisbereinigten Bruttowertschöpfung in Ostdeutschland (mit Berlin) um 2,4% im Jahr 2016 und um 2,0% im laufenden Jahr (vgl. Abb. 6). Im Freistaat Sachsen dürfte die Dynamik mit Wachstumsraten von 2,5% bzw. 2,1% geringfügig stärker ausfallen.

Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister sowie Grundstücks- und Wohnungswesen: Anhaltend positive Impulse aus hoher Wohnraumnachfrage

Die Bruttowertschöpfung der wirtschaftsnahen Dienstleister expandierte in den ersten drei Quartalen des Jahres 2016 nach Einschätzung des IFO INSTITUTS nur mit mäßiger Dynamik. Günstiger war die Beschäftigungssituation: Gegenüber dem Vorjahreszeitraum stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach vorläufigen Angaben der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (2016) in Ostdeutschland um 2,6% und in Sachsen um 1,8%. Dabei wurde die Beschäftigung in nahezu allen Teilbereichen ausgeweitet. Lediglich im Finanz- und Versicherungsgewerbe setzte sich der negative Beschäftigungstrend der vergangenen Jahre fort. Überraschenderweise ging in Sachsen auch die Zahl der in der Arbeitnehmer-

Abbildung 6: Wachstumsraten der preisbereinigten Bruttowertschöpfung bei den konsumnahen und IT-Dienstleistern in Ostdeutschland (mit Berlin) und Sachsen



Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (2016b), 2016 und 2017: Prognose des ifo Instituts.

überlassung Beschäftigten zurück (-2,2 %); in Ostdeutschland stieg sie dagegen an (+1,4 %).

Im weiteren Prognosezeitraum dürfte die Dynamik der wirtschaftsnahen Dienstleister moderat bleiben. Der geldpolitische Kurs der EZB bleibt expansiv ausgerichtet und die Zinsen bleiben niedrig. Dies begünstigt zwar die Kreditnachfrage, dämpft aber auch die Zinseinnahmen der Finanzinstitute. Das Grundstücks- und Wohnungswesen profitiert im gesamten Prognosezeitraum von der hohen Nachfrage nach Wohnraum in den ostdeutschen Großstädten, die durch den Wohnraumbedarf der Flüchtlingsmigranten zusätzliche Impulse erhält.

Insgesamt prognostiziert das IFO INSTITUT für das gesamte Aggregat „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister sowie Grundstücks- und Wohnungswesen“ in Ostdeutschland ein Wachstum der preisbereinigten Bruttowertschöpfung um 1,1% im vergangenen und um 1,0% im laufenden Jahr (vgl. Abb. 7). Im Freistaat Sachsen dürfte das Wachstum in beiden Jahren etwa 1,1% betragen.

Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit, Private Haushalte: Öffentliche Hand weitet Angebot kräftig aus

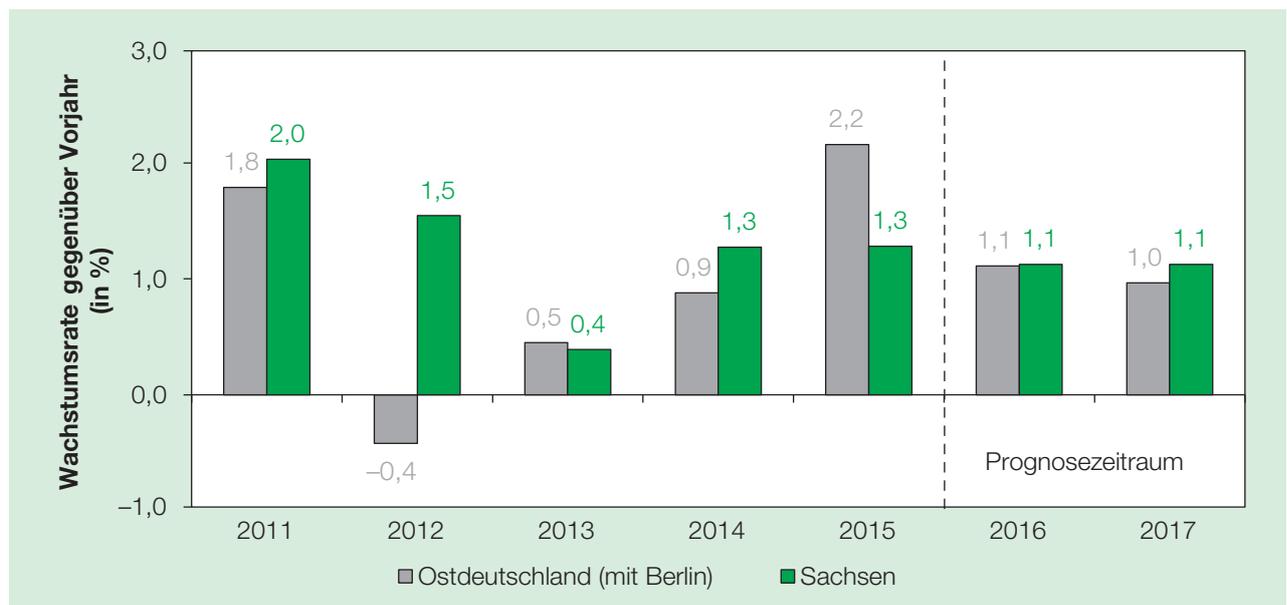
Die öffentlichen und sonstigen Dienstleister weiteten ihre Wertschöpfung im Verlauf des Jahres 2016 vergleichsweise kräftig aus, maßgeblich getrieben von der Versorgung, Betreuung und Unterbringung der Flüchtlingsmigranten. Zudem dürften die demographische und

medizinische Entwicklung zur trendmäßigen Erhöhung der Bruttowertschöpfung im Gesundheitswesen beigetragen haben. Insgesamt stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im gesamten Aggregat von Januar bis September 2016 gegenüber dem Vorjahreszeitraum nach vorläufigen Angaben der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (2016) in Ostdeutschland um 2,3% und im Freistaat Sachsen um 2,2%. Dabei wurde die Beschäftigung in allen Teilbereichen ausgeweitet, im Bereich Erziehung und Unterricht jedoch beschleunigt im dritten Quartal 2016.

Im weiteren Prognosezeitraum dürften Wertschöpfung und Beschäftigung in allen Teilbereichen des Aggregats weiter zunehmen. Zu Buche schlagen insbesondere die angekündigte Aufstockung der Zahl der Polizisten und Lehrer, die weitere Betreuung und Qualifizierung anerkannter Asylbewerber und ab Jahresbeginn 2017 das Zweite Pflegestärkungsgesetz, das eine Ausweitung der Leistungen für Pflegebedürftige vorsieht. Zusätzlich ist für Ostdeutschland ein statistischer Einmaleffekt zu berücksichtigen: Im Jahr 2017 soll die Zentrale des BUNDESNACHRICHTENDIENSTES mit 4.000 Mitarbeitern aus dem bayerischen Pullach nach Berlin ziehen, was zu einer Niveaueverschiebung der Bruttowertschöpfung und der Erwerbstätigkeit im öffentlichen Dienst Ostdeutschlands führen wird.

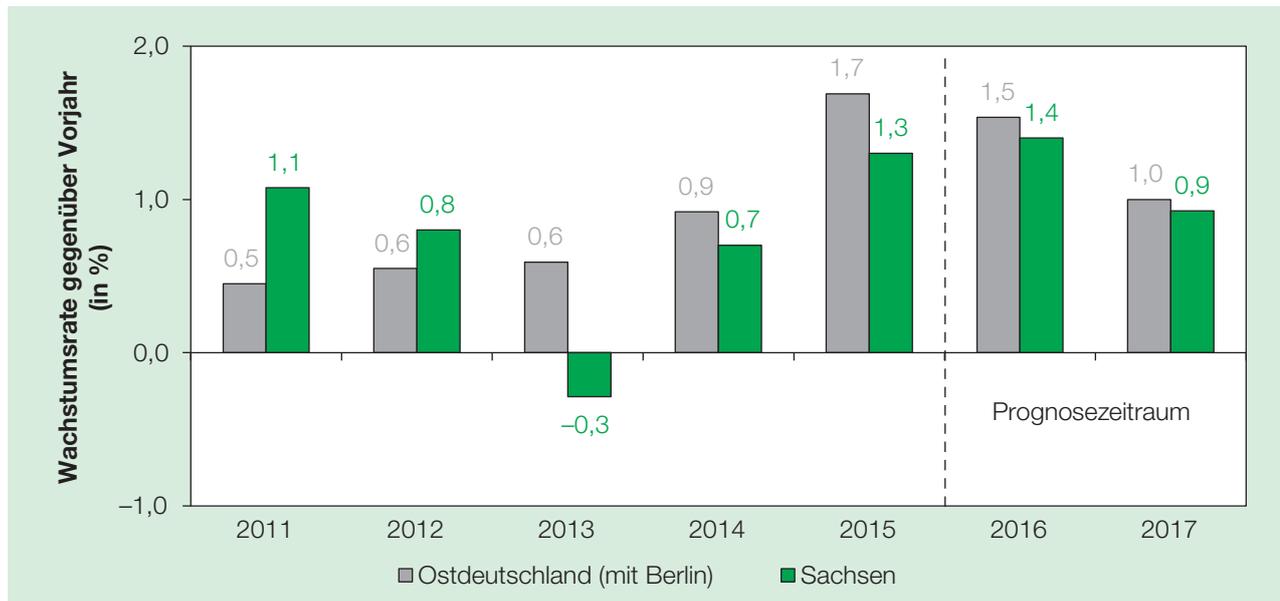
Insgesamt erwartet das IFO INSTITUT für das Aggregat „Öffentliche und sonstige Dienstleistungen, Erziehung und Gesundheit, Private Haushalte“ in Ostdeutschland eine Zunahme der preisbereinigten Bruttowertschöpfung um 1,5% im vergangenenem und um 1,0% in diesem Jahr (vgl. Abb. 8). Im Freistaat Sachsen dürfte das Wachstum 1,4% im Jahr 2016 und 0,9% im Jahr 2017 betragen.

Abbildung 7: Wachstumsraten der preisbereinigten Bruttowertschöpfung bei den wirtschaftsnahen Dienstleistern in Ostdeutschland (mit Berlin) und Sachsen



Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (2016b), 2016 und 2017: Prognose des ifo Instituts.

Abbildung 8: Wachstumsraten der preisbereinigten Bruttowertschöpfung bei den öffentlichen und sonstigen Dienstleistern in Ostdeutschland (mit Berlin) und Sachsen



Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (2016b), 2016 und 2017: Prognose des ifo Instituts.

Literatur

ARBEITSKREIS VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN (VGR) DER LÄNDER (Hrsg.) (2016): Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2015, Reihe 1, Länderergebnisse Band 1, Berechnungsstand August 2015/Februar 2016, Stuttgart.

NIERHAUS, W. (2017): Deutschlandprognose 2017/2018: Robuste Konjunktur vor einem Jahr ungewisser internationaler Wirtschaftspolitik, in: ifo Dresden berichtet 24 (01); S. 3 bis 8.

STATISTIK DER BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (Hrsg.) (2016): Beschäftigung nach Ländern in wirtschaftsfachlicher Gliederung (WZ 2008), Reihe Arbeitsmarkt in Zahlen – Beschäftigungsstatistik, Nürnberg.

STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2016a): Arbeitsstunden, baugewerblicher Umsatz im Bauhauptgewerbe (alle Betriebe): Bundesländer, Monate, Bauarten. Zeitreihen aus 44111-0007, Datenabruf bei Genesis Online am 01. Dezember 2016.

STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2016b): Produzierendes Gewerbe – Beschäftigung und Umsatz der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden, Juni 2016/September 2016, Fachserie 4 Reihe 4.1.1, Wiesbaden.

STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (Hrsg.) (2016a): Einzelhandel und Gastgewerbe im Freistaat Sachsen September 2016, Statistischer Bericht G I 3 – m 09/16 und G IV 3 – m 09/16, Kamenz.

STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (Hrsg.) (2016b): Kraftfahrzeughandel und Großhandel im Freistaat Sachsen September 2016, Statistischer Bericht G I 2 – m 09/16, Kamenz.

ARBEITSKREIS ERWERBSTÄTIGENRECHNUNG (ETR) DES BUNDES UND DER LÄNDER (Hrsg.) (2016): Entwicklung der Erwerbstätigkeit im 3. Quartal 2016 in allen Ländern der Bundesrepublik positiv — Ergebnisse des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“, Pressemitteilung 289/2016 vom 13.12.2016, Wiesbaden.

Der Demographieansatz im kommunalen Finanzausgleich

David Bauer und Xenia Frei*

Einleitung

Die Gemeinden in Deutschland sind auf sehr unterschiedliche Art und Weise vom demographischen Wandel betroffen. Während in einigen Gemeinden die Zahl der Einwohner zunimmt, nimmt sie in anderen ab. Von abnehmenden Bevölkerungszahlen sind insbesondere ländliche Gemeinden betroffen, während urbane Räume meist zunehmende Bevölkerungszahlen verzeichnen. Hinzu kommt, dass in nahezu allen Gemeinden das Durchschnittsalter der Bevölkerung zunimmt.

Für die kommunalen Finanzen stellen diese Veränderungen teils massive Herausforderungen dar. Eine Alterung der Durchschnittsbevölkerung bedeutet notwendige Anpassungen in der Zusammensetzung öffentlicher Leistungen. Es werden weniger Kita-Plätze und mehr altersgerechte Infrastruktur nachgefragt. Steigende und sinkende Bevölkerungszahlen gehen mit einem Ausbau beziehungsweise einer Reduktion öffentlicher Leistungen einher. Die Anpassung der kommunalen Ausgaben erfolgt jedoch nicht immer zeitgleich mit einer Veränderung der Bevölkerungszahl. In der Übergangsphase kommt es oftmals zu einem Anstieg der Pro-Kopf-Ausgaben.

Um der Anpassungsphase bei einer sinkenden Bevölkerungszahl Rechnung zu tragen, wurden im kommunalen Finanzausgleich (KFA) einiger Länder sogenannte Demographieansätze implementiert. Für gewöhnlich erfolgt die Verteilung der Mittel im KFA maßgeblich anhand der aktuellen Bevölkerungsbestände in den Gemeinden. Demographieansätze ziehen bei der Ermittlung von Finanzbedarfen schrumpfender Gemeinden hingegen den durchschnittlichen Bevölkerungsstand vergangener Jahre heran. Auf diese Weise wird der Einnahmerückgang aufgrund rückläufiger Bevölkerungszahlen verzögert und Gemeinden verfügen über ein größeres Zeitfenster zur Anpassung ihrer Ausgaben. Da die gesamte Finanzmasse des KFA nicht erhöht wird, bedeutet dieses Vorgehen allerdings eine implizite Umverteilung von Finanzmitteln von wachsenden zu schrumpfenden Gemeinden.

Dem Demographieansatz liegt die Annahme zugrunde, dass Ausgaben nicht im gleichen Tempo reduziert werden können, wie die Bevölkerung zurückgeht. Zu einer zeitlich unterproportionalen Anpassung der Ausgaben bei einem Bevölkerungsrückgang kann es beispielsweise aufgrund

von Anpassungszeiten bei Standortschließungen, Umorganisationen und Personalabbau kommen [DOBROSCHKE et al. (2014)].

Übersteigt der gewährte Anpassungszeitraum jedoch das notwendige Fenster zur Ausgabenreduktion, besteht für Gemeinden kein Anreiz, ihre Ausgaben schnellstmöglich an die veränderte Bevölkerungssituation anzupassen. Dies könnte zu einer Fehlallokation der Mittel des KFA führen, da die Finanzmittel, welche Gemeinden mit rückläufiger Bevölkerungszahl gewährt werden, der Gesamtheit der Gemeinden nicht mehr zur Verfügung stehen.

Für die ökonomische Bewertung von Demographieansätzen ist zum einen relevant, ob die Anpassung kommunaler Ausgaben zeitgleich mit einem Bevölkerungsrückgang erfolgen kann. Zum anderen müssen gerechtfertigte Anpassungsfristen definiert werden, falls dies nicht der Fall ist [WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT BEIM BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN (2013)].

Der vorliegende Artikel gibt einen Überblick über die Anwendung von Demographieansätzen in den KFA der 13 Flächenländer. Zudem wird der aktuelle Wissensstand bezüglich der Anpassung kommunaler Ausgaben an einen Bevölkerungsrückgang dargestellt. Es wird deutlich, dass die in der Vergangenheit angewendeten Methoden nicht ausreichend waren, um eine angemessene Bewertung der angewendeten Demographieansätze vornehmen zu können.

Demographieansätze im kommunalen Finanzausgleich

Der Demographieansatz wird von gut der Hälfte der deutschen Flächenländer im KFA genutzt. Durch Implementierung eines solchen Ansatzes im KFA soll dem Aspekt Rechnung getragen werden, dass Gemeinden ihre öffentlichen Leistungen nicht unmittelbar an sinkende Bevölkerungszahlen anpassen können. Der Anwendung eines Demographieansatzes im KFA liegt demnach die Annahme zugrunde, kommunale Ausgaben

* David Bauer und Xenia Frei sind Doktoranden in der Niederlassung Dresden des ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

seien von unvermeidbaren Kostenremanenzen betroffen [LVG 57/10].

Unter Kostenremanenzen wird ein befristeter Anstieg der Pro-Kopf-Ausgaben bei sinkender Bevölkerungszahl verstanden [SEITZ (2008)]. Nicht zu verwechseln sind Kostenremanenzen daher mit positiven Skaleneffekten. Weisen öffentliche Leistungen positive Skaleneffekte auf, so sinken die Ausgaben je Einwohner für die Bereitstellung öffentlicher Leistungen mit steigender Bevölkerungszahl. Umgekehrt steigen die Ausgaben je Einwohner mit sinkender Bevölkerung. Die Definition von Skaleneffekten unterscheidet nicht zwischen sinkender und zunehmender Bevölkerung und kennt keine zeitliche Dimension. Sinkt die Bevölkerung, sinken die Gesamtkosten der Bereitstellung im Ausmaß ihres vorherigen Anstiegs. Kostenremanenzen treten hingegen ausschließlich befristet und bei rückläufigen Bevölkerungszahlen auf [ECK et al. (2015); SEITZ (2008)]. Sie sind zudem unabhängig von Skaleneffekten [DOBROSCHKE et al. (2014)]. Ob eine kommunale Leistung durch konstante, positive oder negative Skaleneffekte geprägt ist, ist für den Demographieansatz daher nicht relevant.

Der Unterschied zwischen Kostenremanenzen und Skaleneffekten ist in Abbildung 1 verdeutlicht. Die schwarze Gerade gibt den zeitlichen Verlauf der Ausgaben je Einwohner bei einem Bevölkerungsrückgang wieder, wenn konstante Skaleneffekte und keine Kostenremanenzen bestehen. Ohne Kostenremanenzen, werden die Pro-Kopf-Ausgaben zeitgleich zur Bevölkerungsentwicklung angepasst. Liegen zudem konstante Skaleneffekte vor, bleiben die Pro-Kopf-Ausgaben auch bei sinkender Be-

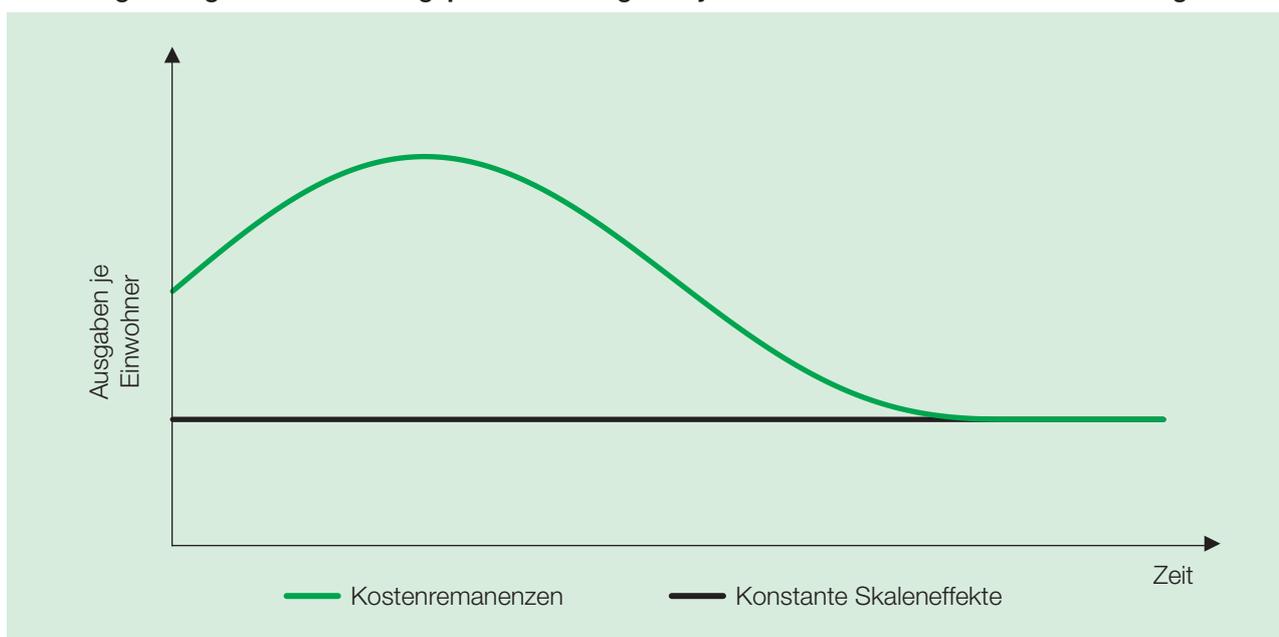
völkerungszahl unverändert. Steigen hingegen die Pro-Kopf-Ausgaben bei einem Bevölkerungsrückgang befristet an, liegen Kostenremanenzen vor (grüne Kurve).

Die verzögerte Ausgabenanpassung kann auf physische, rechtliche/organisatorische und politische Gründe zurückzuführen sein. Physische Gründe für Anpassungskosten sind beispielsweise Ausgaben, die durch den Rückbau von Wasserleitungen entstehen [ECK et al. (2015)]. Rechtlich/organisatorische Gründe für Anpassungskosten können in langen Kündigungsfristen von Personal im öffentlichen Dienst bestehen. Politisch lassen sich Remanenzkosten vor allem mit der schwierigen Vermittelbarkeit von Ausgabenkürzungen gegenüber der verbleibenden Bevölkerung begründen. Wenn die Bevölkerungszahl hinreichend klein wird, kann es aus ökonomischer Sicht angezeigt sein, Schulen, Schwimmbäder oder andere öffentliche Leistungen zu streichen.

Derartige Ausgabenkürzungen sind gegenüber Wählern jedoch oft schwer durchzusetzen. Bis die Akzeptanz für notwendige Anpassungen geschaffen ist, kann einige Zeit vergehen, sodass die Pro-Kopf-Ausgaben zwischenzeitlich ansteigen (vgl. Abb. 1) [ECK et al. (2012)].

Länder ohne Demographieansatz verteilen die Mittel des KFA anhand der schwarzen Geraden. In Ländern mit Demographieansatz können die Mittel des KFA im Idealfall unter Berücksichtigung der grünen Kurve verteilt werden. Über den Verlauf dieser Kurve ist bisher jedoch wenig bekannt. Er hängt von einer Vielzahl von Faktoren ab und kann zwischen einzelnen kommunalen Aufgaben variieren. Gleiches gilt für die Länge des Anpassungszeitraumes.

Abbildung 1: Mögliche Entwicklungspfade der Ausgaben je Einwohner bei sinkender Bevölkerung



Quelle: Darstellung des ifo Instituts.

Für die Bewertung der Anwendung eines Demographieansatzes und der in diesem Zusammenhang gewährten Anpassungsfristen kommunaler Ausgaben sind daher drei Fragen entscheidend: Zunächst ist zu klären, ob Kostenremanenzen im kommunalen Bereich bestehen. In einem zweiten Schritt muss geklärt werden, ob bestehende Kostenremanenzen vermieden werden könnten. Im Sinne von Abbildung 1 entspricht dies der Entscheidung, ob sich der KFA an der grünen Kurve oder der schwarzen Geraden orientieren sollte.

Bestehen unvermeidbare Kostenremanenzen, so muss abschließend der notwendige Anpassungszeitraum kommunaler Ausgaben an rückläufige Bevölkerungszahlen ermittelt werden. Hier wird in den Ländern mit Demographieansatz bisher von sehr unterschiedlichen Zeiträumen ausgegangen. Die gewählten Anpassungsfristen variieren zwischen drei Jahren in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt und zehn Jahren in Bayern und Hessen. Brandenburg, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein gehen von Anpassungsfristen von fünf Jahren aus (vgl. Abb. 2).

Abbildung 2: Übersicht über die Anpassungsfristen von Demographieansätzen in den kreisangehörigen Gemeinden der Länder



Quellen: © GeoBasis-DE / BKG 2014, kommunale Finanzausgleichsgesetze der Länder, Darstellung des ifo Instituts.

Der Demographieansatz Hessens weicht leicht von den übrigen Ansätzen ab. Dort wird kein Durchschnitt über die vergangenen Jahre gebildet. Stattdessen wird der aktuelle Bevölkerungsstand einer Gemeinde mit dem Bevölkerungsstand von vor zehn Jahre verglichen. Ist die Bevölkerung verglichen zur damaligen um mehr als 5 % zurückgegangen, wird der aktuelle Bevölkerungsstand fiktiv um die darüber liegenden Prozentpunkte erweitert.

Ob unvermeidbare Kostenremanenzen vorliegen und welche Anpassungsfristen angemessen sind, falls dies der Fall ist, ist nach wie vor offen. Bereits die Frage, ob Kostenremanenzen – vermeidbar oder nicht – vorliegen, ist bislang nicht ausreichend beleuchtet. Dies liegt unter anderem daran, dass in der Vergangenheit nicht hinreichend zwischen Kostenremanenzen und positiven Skaleneffekten unterschieden wurde. Der überwiegende Teil empirischer Arbeiten zur Messung von Kostenremanenzen nimmt Querschnittsanalysen vor, die den Bevölkerungsstand anstelle des Bevölkerungsrückgangs zum Untersuchungsgegenstand haben. Auf diese Weise werden statt Kostenremanenzen Skaleneffekte gemessen [DOBROSCHKE et al. (2014)]. Ausnahmen bilden POHLAN et al. (2007), die Kostenremanenzen in Brandenburg adressieren, und DOBROSCHKE et al. (2014), die Sachsen-Anhalt zum Untersuchungsgegenstand haben. In beiden Studien wird die temporäre Komponente der Kostenentwicklung mitberücksichtigt. Beide Studien bestätigen die Existenz von Kostenremanenzen in einzelnen kommunalen Ausgabebereichen.

Auch wenn hinreichend zwischen Skaleneffekten und Kostenremanenzen unterschieden wird, bleibt in bestehenden Studien jedoch die Frage offen, ob Anpassungsmaßnahmen nicht möglich sind oder ob sie aufgrund schwieriger politischer Durchsetzbarkeit vermieden werden. Ausgabenkürzungen sind Wählern zwar schwer vermittelbar, unvermeidbar sind sie hingegen nicht. Bisher wurden lediglich *erfolgte* Anpassungsmaßnahmen analysiert. *Anpassungsmöglichkeiten* könnten über einen Vergleich der unterschiedlichen Anpassungsgrade einzelner Gemeinden berücksichtigt werden. Hieraus könnte ein Benchmarking im Rahmen einer Effizienzanalyse entwickelt werden. Über ein derartiges Benchmarking könnten auch objektive Anpassungsfristen definiert werden. Dies würde der Klärung der Frage dienen, ob Anpassungszeiträume von drei oder zehn Jahren eher geeignet sind, den Herausforderungen der Kommunen gerecht zu werden.

Fazit

Wenn die Bevölkerung einer Gemeinde zurückgeht, kann dies für einige Zeit einen Anstieg der Pro-Kopf-Ausgaben zur Folge haben. Dieser befristete Ausgabenanstieg wird als Kostenremanenz bezeichnet. Kostenremanenzen können beispielsweise darauf zurückzuführen sein, dass

Personal im öffentlichen Sektor kurzfristig nicht abgebaut werden kann. Zudem müssen für einige dauerhafte Ausgabereduktionen zunächst Investitionen getätigt werden, so beispielsweise beim Rückbau technischer Infrastruktur. Erschwerend kommt hinzu, dass Ausgabereduktionen gegenüber der verbleibenden Bevölkerung nur schwer vermittelbar sind.

Damit finanzielle Engpässe während des Anpassungsprozesses in schrumpfenden Gemeinden vermieden werden, ist im KFA einiger Flächenländer ein Demographieansatz implementiert. Im Rahmen des Demographieansatzes wird für schrumpfende Gemeinden nicht die tatsächliche Bevölkerungsgröße veranschlagt. Stattdessen wird meist ein Durchschnitt vergangener Bevölkerungszahlen herangezogen. Dadurch wird den Gemeinden ein gewisses Zeitfenster zur Anpassung ihrer Ausgaben eingeräumt. Die Größe dieses Zeitfensters hängt von der Ausgestaltung des jeweiligen Demographieansatzes ab. Da die Mittel, welche im Rahmen des KFA zur Verfügung stehen, nicht erhöht werden, wenn mehr Gemeinden für einen Bevölkerungsrückgang kompensiert werden, findet im Rahmen des Demographieansatzes eine implizite Umverteilung von wachsenden zu schrumpfenden Gemeinden statt. Wenn schrumpfende Gemeinden angemessen für Mehrausgaben kompensiert werden sollen, ohne dabei wachsenden Gemeinden übermäßig Finanzmittel vorzuenthalten, ist eine Benennung geeigneter Anpassungszeiträume von öffentlichen Ausgaben an eine rückläufige Bevölkerungszahl zwingend erforderlich.

In der akademischen Diskussion vollzog sich in den letzten Jahren zwar ein Wandel in der Messung von Anpassungskosten. Dieser umfasst bisher jedoch nicht die Quantifizierung *angemessener* Anpassungszeiträume. Hierfür wäre eine Effizienzanalyse notwendig, die bisher bei der Evaluierung von Demographieansätzen nicht zum Einsatz kam. Im besten Fall wurden durchschnittliche Anpassungszeiträume dargestellt, die jedoch keinerlei Rückschlüsse auf *Anpassungsmöglichkeiten* zulassen. Dadurch ist eine abschließende Bewertung von bestehenden Demographieansätzen aus ökonomischer Sicht bisher nicht möglich. Es ist zu erwarten, dass Disparitäten zwischen Gemeinden aufgrund des demographischen Wandels in Zukunft weiter zunehmen werden. Um den damit verbundenen Herausforderungen angemessen begegnen zu können, ist eine Bewertung von Kostenremanenzen dringend erforderlich.

Literatur

DOBROSCHKE, S.; GUTSCHE, J.-M. und M. THÖNE (2014): Ermittlung von aufgabenbezogenen Kostenremanenzen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs in Sachsen-Anhalt, FiFo-Berichte 15, Köln.

- ECK, A.; FRITZSCHE, C.; KLUGE, J. ; RAGNITZ, J. und F. RÖSEL (2015): Analyse der finanzkraftbestimmenden Rahmenbedingungen und strukturellen Spezifika ostdeutscher Flächenländer, ifo Dresden Studien 76, ifo Institut, Gutachten im Auftrag des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen und des Thüringer Finanzministeriums.
- ECK, A.; STEINBRECHER, J. und C. THATER (2012): Skaleneffekte in der Bereitstellung des kommunalen Angebots sächsischer Gemeinden, ifo Dresden berichtet 19 (03), S. 12–19.
- POHLAN, J.; WESSENDORF, J. und J. WIXFORTH (2007): Die demografische Entwicklung in Ostdeutschland und ihre Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen. Ein Projekt des Forschungsprogramms „Aufbau Ost“ des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) und des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR). Forschungen Heft 128, Bonn.
- SEITZ, H. (2008): Die Demographieabhängigkeit der Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte: Eine empirische Analyse unter Berücksichtigung der föderalen Verflechtungen, Wiesbaden.
- WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT BEIM BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN (Hrsg.) (2013): Finanzpolitische Herausforderungen des demografischen Wandels im föderativen System, Berlin.

Die volkswirtschaftlichen Zusatzkosten der Grunderwerbsteuer

Thiess Büttner*

Grundsteuer als Einnahmeninstrument

In vielen Ländern der Welt wird eine Grunderwerbsteuer erhoben. In den USA erheben die Bundesstaaten Grunderwerbsteuern mit Sätzen bis zu 2% [vgl. MUNROE und KOPCZUK (2015)]; zusätzlich erheben vielfach Gemeinden oder andere regionale Gebietskörperschaften entsprechende Steuern. Auch in Europa sind diese Steuern weitverbreitet. Eine Studie des RHEINISCH-WESTFÄLISCHEN INSTITUTS FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG (RWI, 2012) nennt Tarife von bis zu 5% in Frankreich, 6% in den Niederlanden, 6–7% in Spanien und 4% in Großbritannien.

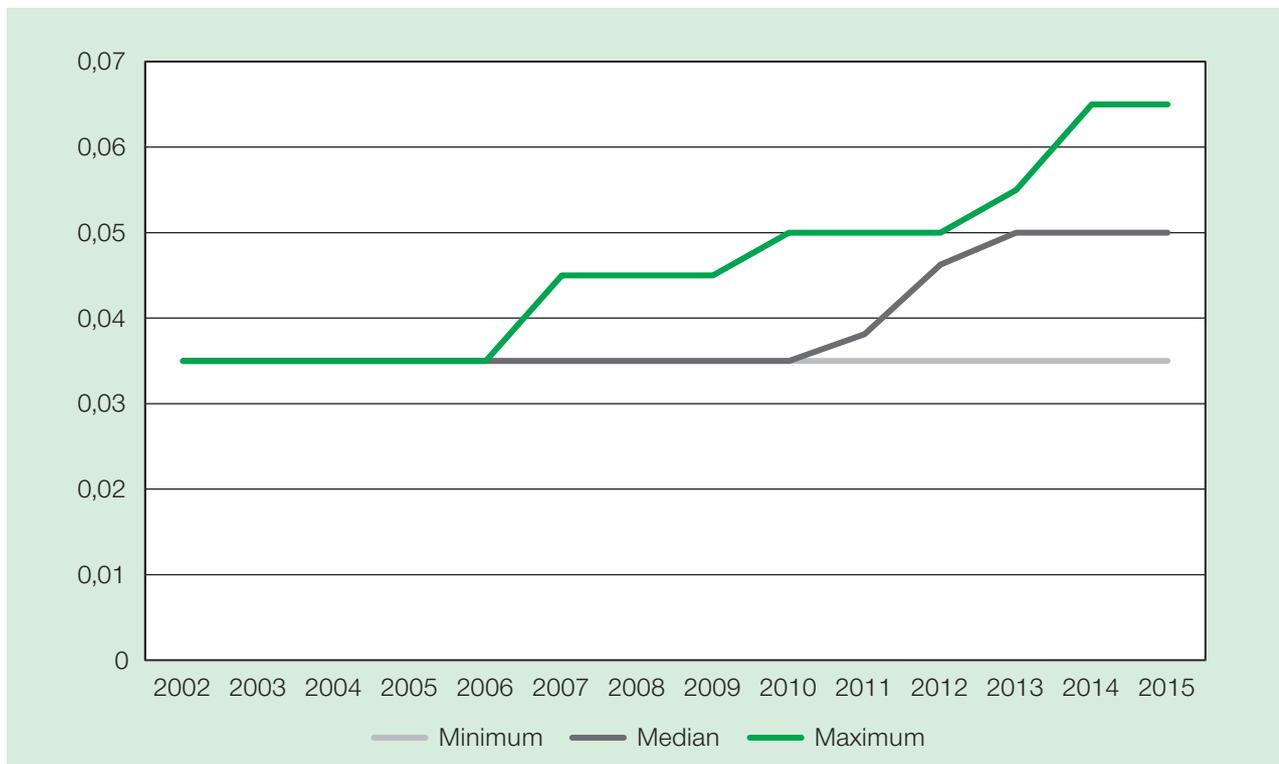
In Deutschland lag die Steuerbelastung 2015 im Durchschnitt der Bundesländer bei 5,2%. Hinter dem aktuellen Niveau der Grunderwerbsteuer steht allerdings eine bemerkenswerte Abfolge von Steuererhöhungen der Bundesländer. Bis 2006 war der Steuersatz der Grunderwerbsteuer einheitlich bei 3,5%. Nachdem die

Bundesländer im Zuge der Föderalismusreform das Recht erhielten, den Steuersatz der Grunderwerbsteuer zu bestimmen, ist es zu einer Welle von Steuererhöhungen gekommen. Kein Land hat den Steuersatz gesenkt. Vielmehr ist im Zeitraum bis 2015 nicht weniger als 25 Mal der Steuersatz der Grunderwerbsteuer heraufgesetzt worden.

Abbildung 1 zeigt die Entwicklung einiger Lageparameter der Verteilung der Steuersätze. Gleich im Jahr 2007 wurde die Grundsteuer in Berlin heraufgesetzt, andere Länder folgten. Im Jahr 2011 hatte schon die Mehrheit der Länder den Steuersatz heraufgesetzt. Seit 2013 liegt der mittlere Wert bei 5%. Der maximale Satz liegt bei 6,5%.

* Prof. Dr. Thiess Büttner ist Professor für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwissenschaften, an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg und Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen.

Abbildung 1: Grunderwerbsteuersätze in Deutschland



Quelle: Büttner (2017).

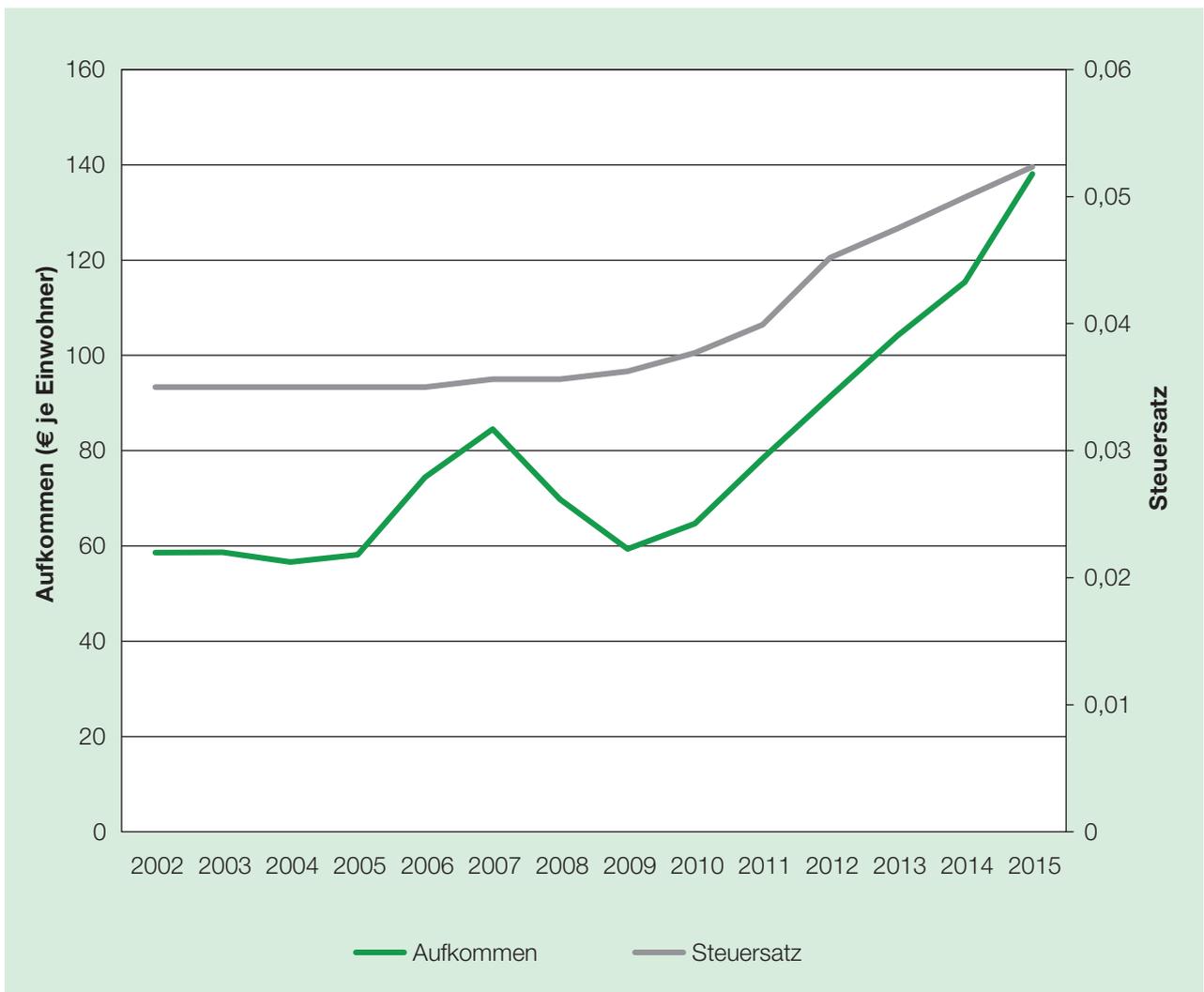
Abbildung 2 zeigt die Entwicklung anhand der Mittelwerte für den Tarif der Grunderwerbsteuer und für das Aufkommen je Einwohner. Parallel zur Entwicklung beim Steuersatz ist das Aufkommen deutlich angestiegen und liegt im Jahre 2015 mit knapp 140 € je Einwohner auf einem historischen Spitzenwert.

Während die Steuerbelastung im Mittel gegenüber 2002 um 43 % gestiegen ist, haben sich die Einnahmen je Einwohner um etwa 57 % gesteigert. Dies erscheint nur auf den ersten Blick eine starke Steigerung zu sein. Im gleichen Zeitraum ist das Bruttoinlandsprodukt der Länder im Mittel um etwa 40 % gestiegen und die Arbeitslosigkeit ist zurückgegangen. Weiterhin sind die Immobilienpreise zumindest seit der extrem lockeren Geldpolitik seit 2012 deutlich angestiegen. Alle diese Faktoren würden angesichts der starken Steigerung im Steuersatz deutlich höhere Einnahmen erwarten lassen.¹

Volkswirtschaftliche Aspekte der Grunderwerbsteuer

Im englischen Sprachraum wird die Grunderwerbsteuer auch als „Stamp Duty“ bezeichnet. Dies reflektiert besondere Umstände, welche die Erhebung vereinfachen. So muss der Vermögensübergang im Grundbuch/Kataster eingetragen werden, damit er wirksam wird, und dies macht es besonders leicht, hier eine Steuer abzuverlangen. Da das Grundbuch meist auf lokaler Ebene geführt wird, wird die Steuer vielfach von örtlichen Gebietskörperschaften erhoben. Bei Lichte besehen ist die Besteuerung allerdings doch nicht so einfach. Man denke nur an den Fall mittelbarer Grundstücksgeschäfte, also den Verkauf von Anteilen an Gesellschaften mit Grundstücken. Hier muss das Steuergesetz eine geeignete Definition steuerbarer Transaktionen vornehmen, Wertansätze formulieren und vieles anderes mehr. Letztendlich ist die Erhebung der Grunderwerbsteuer recht

Abbildung 2: Mittlere Entwicklung der Grunderwerbsteuer in Deutschland



Quelle: Büttner (2017).

komplex und geht auch mit entsprechend viel Steuerberatung und Steuerplanung einher. Das ist auch in Deutschland der Fall, wie die gesetzgeberischen Änderungen bei Grunderwerbsteuer-Sparmodellen zeigen.

Neben der Komplexität der Steuer und den daraus resultierenden Steuerplanungsaktivitäten ist davon auszugehen, dass die Grunderwerbsteuer den Immobilienmarkt beeinträchtigt. Da die Steuer einen Keil zwischen den vom Verkäufer geforderten und Käufer gebotenen Preis treibt, kommen gegenseitig vorteilhafte Geschäfte nicht zustande. Im Hinblick auf Wohnimmobilien zeigt die theoretische und empirische Literatur, dass die Zahl der Transaktionen beeinträchtigt wird mit negativen Effekten auf die Mobilität.²

Nun könnte man argumentieren, dass eine Steuer auf Immobilientransaktionen vielleicht Fluktuationen auf dem Immobilienmarkt eindämmt, so wie das JAMES TOBIN (1978) im Kontext der Wechselkurse vermutete. Allerdings ist ein solcher Zusammenhang zwischen Fluktuation und Spekulation empirisch nicht nachgewiesen [vgl. MIRRLEES et al. (2011)]. Theoretische Analysen zeigen auch, dass höhere Transaktionskosten mit einem Anstieg von Fluktuationen einhergehen können [Fu et al. (2013)]. Es kommt hinzu, dass die Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer bei einer schlechten wirtschaftlichen Entwicklung stark einbrechen können, sodass sich die Krisenanfälligkeit der öffentlichen Finanzen erhöht.³

All dies legt nahe, dass die Grunderwerbsteuer volkswirtschaftlich gesehen eine Reihe von problematischen Aspekten aufweist, vor allem indem sie die Steuerplanung befeuert und Mobilität behindert.

Die Steuer hat daher volkswirtschaftliche Kosten der Besteuerung, die über das Aufkommen hinausgehen. Da nahezu alle Steuern solche volkswirtschaftlichen Zusatzkosten aufweisen, muss der Gesetzgeber letztendlich aber immer zwischen den verschiedenen schädlichen Effekten abwägen. Insofern ist es wichtig, diese Zusatzkosten der Steuer zu quantifizieren.

Aufkommenseffekte der Grunderwerbsteuer

Angesichts der massiv gestiegenen Grundsteuersätze in Deutschland ist zu fragen, wie hoch die volkswirtschaftlichen Zusatzkosten der Grunderwerbsteuer in Deutschland sind. In einem aktuellen Arbeitspapier [vgl. BÜTTNER (2017)] habe ich mich mit dieser Frage auseinandergesetzt. Dabei habe ich entsprechend der neueren finanzwissenschaftlichen Literatur [SLEMPROD und GILLITZER (2014)] einen Ansatz gewählt, der die Bewertung anhand des insgesamt resultierenden Aufkommenseffektes einer Steuersatzänderung vornimmt. Die Überlegung hierzu ist, dass die wirtschaftlichen Effekte der Grunderwerbsteuer mit einer Änderung der steuerlichen Bemessungsgrundlage einhergehen. Zum

Verständnis sei ein Fall unterstellt, bei dem durch eine höhere Steuer ein Immobiliengeschäft nicht zustande kommt. Zwar ist der Käufer mehr zu zahlen bereit als der Verkäufer mindestens erzielen will. Fällt aber zusätzlich die Grunderwerbsteuer an, wird das Geschäft unattraktiv. In diesem Fall kommt es nicht zum Verkauf und die Zahl der besteuerten Transaktionen sinkt. In einem komplexeren Fall besteht vielleicht die Möglichkeit, auf dem Wege der Steuerplanung eine Steuerlast zu vermeiden. Die hierfür erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen, ist allerdings aufwändig. Auch wenn in diesem Fall das Geschäft nicht unterbleibt, sinkt aber die Zahl der steuerbaren Transaktionen.

Verallgemeinernd kann man zeigen, dass die volkswirtschaftlichen Kosten einer Erhöhung des Steuersatzes daran gemessen werden können, wie stark das Aufkommen bei einer Erhöhung des Steuersatzes ansteigt. Vereinfacht ausgedrückt ist die Steuer volkswirtschaftlich umso schädlicher, je weniger das Aufkommen bei einer Steuererhöhung ansteigt. Wenn bei einer 1-prozentigen Steuererhöhung eine 1-prozentige Aufkommenserhöhung erfolgt, entstehen keine volkswirtschaftlichen Zusatzkosten. Je niedriger aber der Aufkommenseffekt, die sogenannte Aufkommenselastizität ist, desto größer sind die Zusatzkosten.

Im Rahmen einer empirischen Analyse des Steueraufkommens der 16 Bundesländer im Zeitraum von 2002 bis 2015 ermittelt BÜTTNER (2017) die in Tabelle 1 abgebildeten Schätzwerte für die Aufkommenselastizität.

Die Tabelle zeigt die Schätzwerte für unterschiedliche Spezifikationen. Alle Schätzwerte basieren auf der Abweichung von der bundesweiten Entwicklung bzw. vom Mittelwert eines Landes. In Schätzung (2) wurden Kontrollvariablen für Bevölkerungszahl und Arbeitslosenquote und in Schätzung (3) zusätzlich Variablen für den öffentlichen Schuldenstand des Landes und das Bruttoinlandsprodukt aufgenommen. Schätzung (4) basiert auf einer logarithmischen Transformation des Steuersatzes. Schätzung (5) schließlich berücksichtigt kubische Polynome für alle Kontrollvariablen. Es zeigt sich ein recht robuster Schätzwert der Elastizität des Aufkommens von weniger als 0,6. Demnach führte eine Verdopplung des Steuersatzes zu einem Anstieg des Aufkommens von weniger als 60 %. Also würde die Bemessungsgrundlage der Steuer um mindestens 40 % sinken. Die Vertrauensgrenzen für den Schätzwert sind relativ eng. Daher kann eine Konstanz der Bemessungsgrundlage ausgeschlossen werden.

Anhand dieses Schätzwertes sind die volkswirtschaftlichen Kosten vergleichsweise hoch. Dies wird anhand des Konzepts der Grenzkosten der öffentlichen Finanzierung deutlich. Sie liegen bei diesen Schätzwerten bei etwa $1,67 (= 1/(1-0,4))$. Demnach führt ein durch höhere Steuern erzielter Zuwachs der Einnahmen um einen Euro zu zusätzlichen volkswirtschaftlichen Kosten von 67 Cent. Die Steuerlast selbst ist bei diesen 67 Cent nicht mitgerechnet.

Tabelle 1: Aufkommenseffekte des Grunderwerbsteuersatzes

| | (1) | (2) | (3) | (4) | (5) |
|--|--------|--------|--------|--------|--------|
| Schätzwert | 0,503 | 0,526 | 0,489 | 0,569 | 0,544 |
| Standardfehler | -0,102 | -0,102 | -0,104 | -0,124 | -0,130 |
| Schätzwerte für die Elastizität des Grunderwerbsteueraufkommens. | | | | | |

Quelle: Büttner (2017).

Fazit

Die empirische Auswertung der Erfahrungen mit den Erhöhungen der Grunderwerbsteuer seit der Föderalismusreform zeigt, dass die Grunderwerbsteuer mit vergleichsweise hohen volkswirtschaftlichen Kosten einhergeht. Dies ist zum einen dadurch zu erklären, dass Immobiliengeschäfte verteuert werden und daher zum Teil unterbleiben. Dies kann auch daran liegen, dass mit einem höheren Steuersatz vermehrt Anstrengungen gemacht werden, im Rahmen der Steuerplanung eine Besteuerung zu vermeiden oder gering zu halten.

Die Föderalismusreform hat mit der Grunderwerbsteuer den Ländern ein vergleichsweise teures Einnahmeninstrument verschafft. Dass die Länder dennoch so rege von der Steuer Gebrauch machen und es zu nicht weniger als 25 Steuererhöhungen bis 2015 gekommen ist, könnte durch einen hohen Bedarf an Finanzmitteln erklärt werden, der angesichts mangelnder Steuerautonomie nicht anders gedeckt werden kann. Eine alternative Erklärung ist, dass die volkswirtschaftlichen Kosten dieser Steuer ignoriert oder unterschätzt werden. Hierfür spricht, dass der Finanzausgleich einen Anreiz bietet, die Grunderwerbsteuer zu erhöhen. Zwar ist die Grunderwerbsteuer in die Einnahmenverteilung im Rahmen des Finanzausgleichs eingebunden. Allerdings geht nicht das Aufkommen selbst in die Berechnungen der Finanzkraft ein, sondern nur die Höhe der steuerbaren Transaktionen, bewertet mit einem Durchschnittssteuersatz. Je stärker Anzahl und Werte der steuerbaren Transaktionen als Folge eines höheren Steuersatzes zurückgehen, umso mehr fällt die im Rahmen des Finanzausgleichs ermittelte Finanzkraft eines Bundeslandes, das den Steuersatz erhöht. In der Folge erhält dieses Bundesland mehr Zuweisungen aus dem Länderfinanzausgleich bzw. muss geringere Beiträge leisten.

Literatur

BÜTTNER, T. (2017): Welfare Cost of the Real Estate Transfer Tax. CESifo Working Paper, im Erscheinen.

BÜTTNER, T. und M. KRAUSE (2017): Förderalismus im Wunderland: Zur Steuerautonomie bei der Grunderwerbsteuer, unveröffentlichtes Manuskript.

FRITZSCHE, C. und L. VANDREI (2016): The German Real Estate Transfer Tax: Evidence for Single-Family Home Transactions, Ifo Working Paper, 232. Ifo Institut, München.

FU, Y.; QIAN, W. und B. YEUNG (2013): Speculative Investors and Tobin's Tax in the Housing Market. Working Paper w19400, National Bureau of Economic Research.

HONOHAN, P. (2009): What Went Wrong in Ireland? Manuskript, vorbereitet für die World Bank.

KOPCZUK, W. und D. MUNROE (2015): Mansion Tax: The Effect of Transfer Taxes on the Residential Real Estate Market. *American Economic Journal: Economic Policy* 7 (2), S. 214-57.

LUTZ, B.; MOLLOY, R. und H. SHAN (2011): The Housing Crisis and State and Local Government Tax Revenue: Five Channels. *Regional Science and Urban Economics* 41 (4), S. 306-319.

MIRRELES, J., (Hrsg.) (2011): *Tax by Design – The Mirrlees Review*, Oxford.

PETKOVA, K. und A. J. WEICHENRIEDER (2016): Price and Quantity Effects of the German Real Estate Transfer Tax, unveröffentlichtes Manuskript.

RWI – RHEINISCH-WESTFÄLISCHEN INSTITUTS FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG (Hrsg.) (2012): Probleme der Grunderwerbsteuer und ihrer Anhebung durch die Länder, Projektbericht, RWI Essen.

SLEMROD, J. und C. GILLITZER (2014): *Tax Systems*. MIT Press.

THOENE, M. (2005): Tragfähigkeit der Finanzpolitik bei Lenkungsbesteuerung. Dissertation Universität zu Köln.

TOBIN, J. (1978): A Proposal for International Monetary Reform, *Eastern Economic Journal* 4 (3/4), S. 153-159.

¹ FRITZSCHE und VANDREI (2016) zeigen, dass auch die Zahl der Transaktionen im Zusammenhang mit dem Grunderwerb zugenommen hat.

² Für eine Übersicht der Literatur siehe BÜTTNER (2017). Für Deutschland finden FRITZSCHE und VANDREI (2016) negative Effekte auf die Zahl der Transaktionen. PETKOVA und WEICHENRIEDER (2016) unterscheiden zwischen Einfamilienhäusern und Wohnungen und finden entsprechende Effekte für Einfamilienhäuser. Bei den Wohnungen finden sie demgegenüber negative Preiseffekte.

³ HONOHAN (2009) betont starke Effekte auf den öffentlichen Haushalt in Irland. THOENE (2005) diskutiert die Zyklizität der Grunderwerbsteuereinnahmen in Deutschland. Siehe auch LUTZ, MOLLOY und SHAN (2011).

Qualität statt Quantität? Steigender Wettbewerb um sächsische Studienplätze nach 2020 zu erwarten

Sabine Gralka und Julia Sonnenburg*

Die letzte Programmphase des zwischen Bund und Ländern vereinbarten Hochschulpaktes 2020 läuft in den kommenden Jahren aus, sodass den Hochschulen in Deutschland künftig weniger Finanzierungsmittel für Lehre zur Verfügung stehen werden. Um dieser Tatsache gerecht zu werden, hat der Freistaat Sachsen in seinem derzeitigen Entwurf zur Hochschulentwicklungsplanung nach 2020 mit einer deutlichen Absenkung der Studierendenzahl reagiert: bis zum Jahr 2025 soll sich die Anzahl an Studierenden um ca. 16% auf 95.000 verringern. Die veröffentlichten Vorhersagen der Kultusministerkonferenz (KMK) zu den Studienanfängerzahlen verdeutlichen hingegen, dass die Nachfrage an Studienplätzen in Sachsen auf einem konstant hohen Niveau verbleiben wird, sodass ein deutlicher Wettbewerbsanstieg unter den Bildungsteilnehmern zu erwarten ist. In der Folge könnte ein nicht geringfügiger Anteil sächsischer Absolventen mit Hochschulreife keinen Studienplatz in Sachsen erhalten und sich folglich gegen das Studium oder für eine Abwanderung entscheiden. Gerade Letzteres widerspricht jedoch einem weiteren Ziel des sächsischen Hochschulentwicklungsplanes: zu starke Wanderungsbewegungen vermeiden und somit den Fachkräftebedarf in Sachsen bedienen.

Der im Jahr 2007 zwischen Bund und Ländern beschlossene Hochschulpakt 2020 wurde mit dem Ziel eingeführt, für die zunehmende Zahl an Studienberechtigten (hervorgerufen durch steigende Bildungsbeteiligung und doppelte Abiturjahrgänge) die Aufnahme eines qualitativ hochwertigen Hochschulstudiums durch den Ausbau des Studienplatzangebots zu gewährleisten. Für die Sicherstellung des wissenschaftlichen Nachwuchses erhalten die Hochschulen zusätzliche Finanzmittel, um die Mehrkosten der steigenden Nachfrage tragen zu können.¹ Die Finanzierung für den Ausbau der Studienplätze erfolgt dabei gemeinsam durch Bund und Länder. Für die ostdeutschen Flächenländer (sowie für die drei Stadtstaaten) sieht die Verwaltungsvorschrift Sonderzahlungen durch Pauschalzuweisungen vor, weil angenommen wurde, dass sich die Studienanfängerzahlen nur geringfügig ändern und ggf. verringern. Mit den zur Verfügung gestellten Pauschalzuweisungen verpflichten sich die ostdeutschen Flächenländer, die Anzahl an Studienanfängern bis zum Jahr 2020, gemessen am Niveau des Jahres 2005, weitgehend aufrecht zu erhalten. Unterstützung erfahren die Hochschulen darüber hinaus im Bereich der Forschung in

Form von außerordentlichen Mitteln zur Unterstützung DFG-geförderter Forschungsprojekte. Für die Vorhaben in den Bereichen Lehre und Forschung stellen der Bund über die Gesamtlaufzeit von 2007 bis 2023 insgesamt 20,2 Mrd.€ und die Länder 18,3 Mrd.€ bereit [vgl. VERWALTUNGSVEREINBARUNG HOCHSCHULPAKT (2014)]. Neben dem allgemeinen Ziel, der steigenden Nachfrage nach Studienplätzen Rechnung zu tragen, liegt der Fokus der im Oktober 2014 eingeleiteten dritten und abschließenden Programmphase darauf, die Studierenden zu einem erfolgreichen Abschluss zu führen und die Quote der Studienabbrecher zu senken.

Mit dem Auslaufen des Hochschulpaktes im Jahr 2020 liegt es in der Verantwortung der Länder, trotz der wegfallenden Fördergelder durch den Bund, eine hinreichende Finanzausstattung der Hochschulen sicherzustellen. Im vorliegenden Koalitionsvertrag der sächsischen Regierung ist daher, bei einer gleichzeitigen Erfüllung der Vorgaben des Hochschulpaktes bis 2020, eine Absenkung der Studierendenzahlen von derzeit rd. 113.300 (Stand 2015) auf 95.000 in den Folgejahren bis 2025 vorgesehen. Der in diesem Sinne beschlossene sächsische Hochschulentwicklungsplan 2025 setzt daher auf den von Wissenschaftsministerin Eva-Maria Stange geprägten Leitspruch „Qualität statt Quantität“ [vgl. BECK (2015)]. Die Studierendenzahlen an den vier Universitäten sollen dabei in deutlich größerem Umfang reduziert werden als an den fünf staatlichen Fachhochschulen.² Für die Zustimmung der Hochschulen hat die Koalition diesen im Gegenzug eine Zuschussvereinbarung bis 2024 angeboten und verzichtet auf den geplanten Stellenabbau von 754 Stellen ab 2017 [vgl. SMWK (2016a, b)].³ Die Zuschussvereinbarung beinhaltet zudem eine Revisionsklausel, die bei Bestehen eines wichtigen Grundes eine Änderung bzw. Anpassung der Planungssätze für die Studierendenzahlen vorsieht. Wichtige Gründe können in diesem Sinne die Entwicklung der Studierendenzahlen oder die Schaffung eines Nachfolgeprogramms des Hochschulpaktes 2020 sein.

Ein Blick auf die aktuelle Entwicklung der Studienanfängerzahlen verdeutlicht, dass der Freistaat ein attraktiver Studienstandort nicht nur für sächsische Schulabsol-

* Sabine Gralka ist Doktorandin am Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung an der Technischen Universität (TU) Dresden. Julia Sonnenburg ist Doktorandin der Niederlassung Dresden des ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

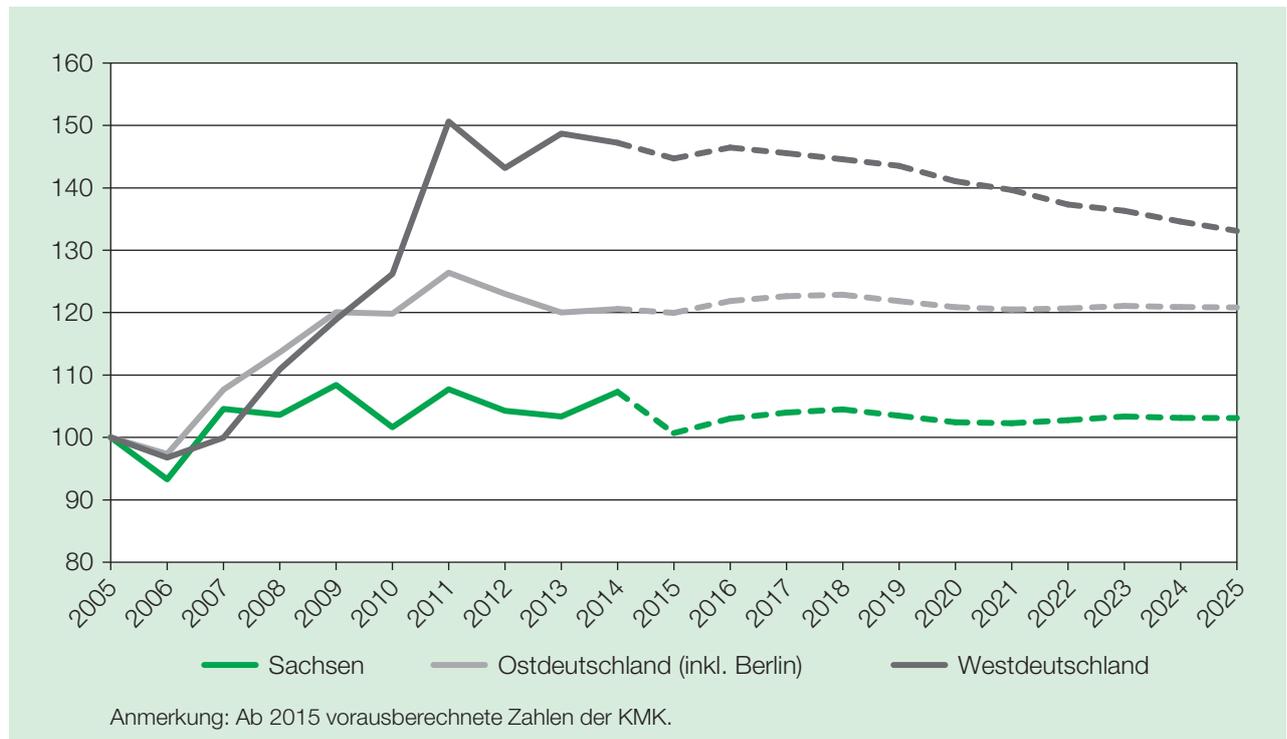
venten ist und auch zukünftig sein wird: Wie aus Abbildung 1 ersichtlich, übersteigt die Anzahl an Studienanfängern, trotz kleinerer Schwankungen bis zum aktuellen Rand, das Niveau von 2005. Im Jahr 2015 wurden rd. 21.100 Studienanfänger und rd. 113.300 Studierende in Sachsen registriert. Im bundesweiten Vergleich zeigt sich, dass diese positive Entwicklung auch deutschlandweit zu beobachten war; aufgrund doppelter Abiturjahrgänge und demographischer Entwicklungen fiel die Zunahme an Studienanfängern in Ostdeutschland jedoch deutlich geringer aus als im westdeutschen Durchschnitt.

Die von der Kultusministerkonferenz (KMK) alle zwei Jahre herausgegebene Vorausberechnung der Studienanfängerzahlen nach Ländern, erlaubt einen Blick auf die sich anschließende Entwicklung. Für Sachsen setzt sich (gemessen am Niveau von 2005) eine positive Entwicklung der Studienanfänger auch in den kommenden Jahren fort. Wie in Abbildung 1 ersichtlich, wird geschätzt, dass die Anzahl der Studienanfänger auf einem konstanten Niveau verbleiben wird. Die Vorausberechnungen basieren zum einen auf der Annahme, dass künftig ein Nachfrageanstieg sächsischer Schulabsolventen nach Studienplätzen zu erwarten ist. Diese Entwicklung bestätigt die Prognose des STATISTISCHEN LANDESAMTES SACHSEN: bis 2025 wird mit einem allgemeinen Anstieg der Schulabsolventen zu rechnen sein und auch die Anzahl an Schülern, welche die allgemeine Hochschulreife erlangt haben, steigt teilweise an bzw. verläuft konstant (vgl. Abb. 2).

Zum anderen wird die Nachfrage nach Studienplätzen von Schulabsolventen aus anderen Bundesländern mitbeeinflusst. Abbildung 3 verdeutlicht, dass Sachsen seit 2005 eine durchweg positive Nettozuwanderung (Zuwanderung minus Abwanderungen) zu verzeichnen hat, d. h. mehr Schulabsolventen zum Studieren in den Freistaat kommen als zum Studium wegziehen. Einhergehend mit der demographischen Entwicklung zeigt sich der Trend zunehmender Zuwanderung von Studienanfängern in die ostdeutschen Bundesländer auch insgesamt. Dort stieg der Wanderungssaldo im Zeitraum von 2005 bis 2015 von rd. -5.300 auf rd. +8.600 Personen.⁴ Ausgehend von dem gegenwärtigen Wanderungsverhalten deutscher Schulabsolventen ist auch künftig davon auszugehen, dass Sachsen ein attraktiver Ort für die Aufnahme eines Studiums sein wird und nicht weniger Schüler ein Studium aufnehmen möchten.⁵ Die Attraktivität Sachsens als Studienstandort äußert sich darüber hinaus in der steigenden Anzahl ausländischer Studienanfänger in den vergangenen Jahren. Auch in den meisten anderen Bundesländern ist ein Anstieg von Studienanfängern aus dem Ausland zu beobachten [vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT (2016)].

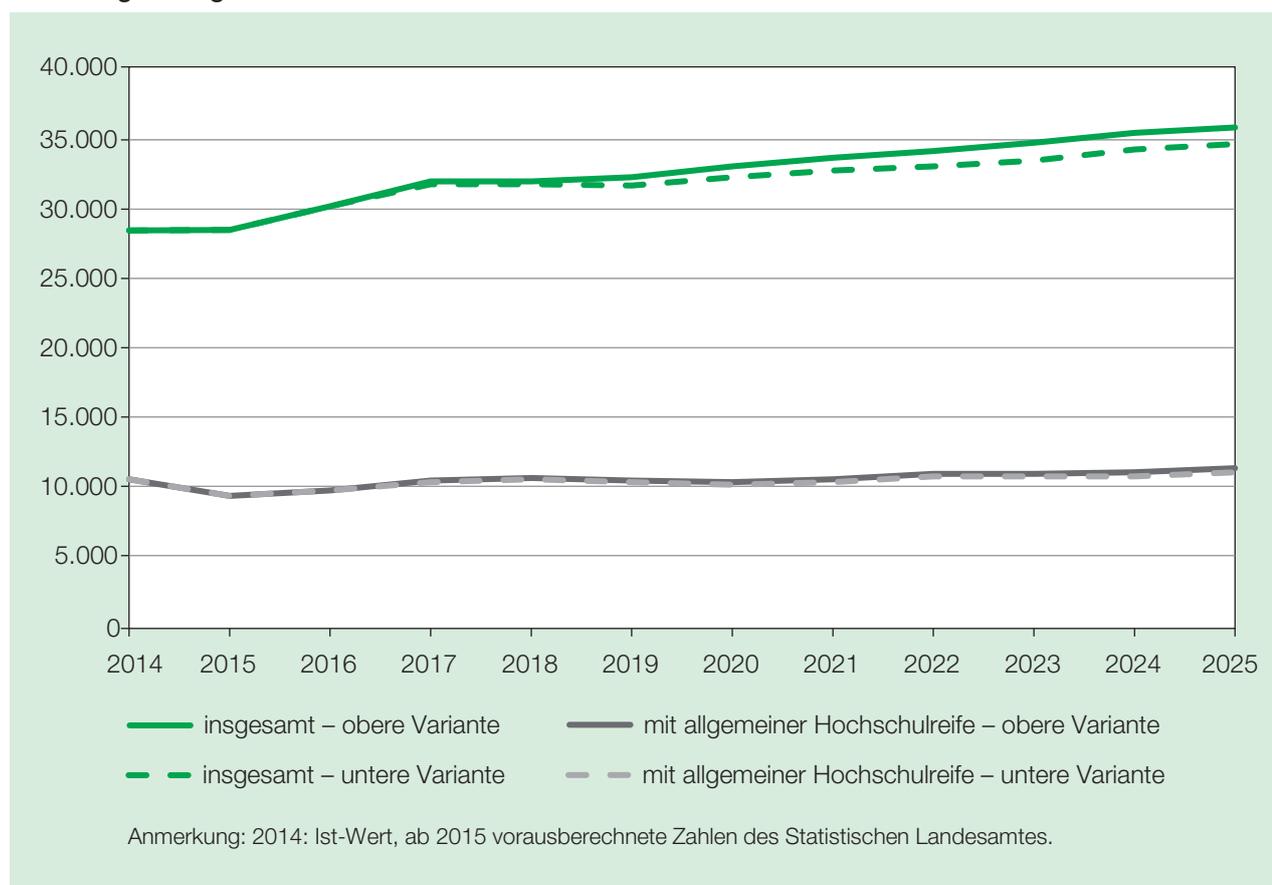
Die dargestellten Entwicklungen legen nahe, dass mit der derzeitigen Hochschulentwicklungsplanung ab 2020 ein deutlicher Nachfrageüberschuss an Studienplätzen in Sachsen einhergehen wird. Es ist zu vermuten, dass das vorgesehene Absenken der Studierendenzahl um mehr als 15 % einen deutlichen Wettbewerbsanstieg zwischen

Abbildung 1: Zahl der Studienanfänger in Sachsen, Ost- und Westdeutschland (2005 = 100)



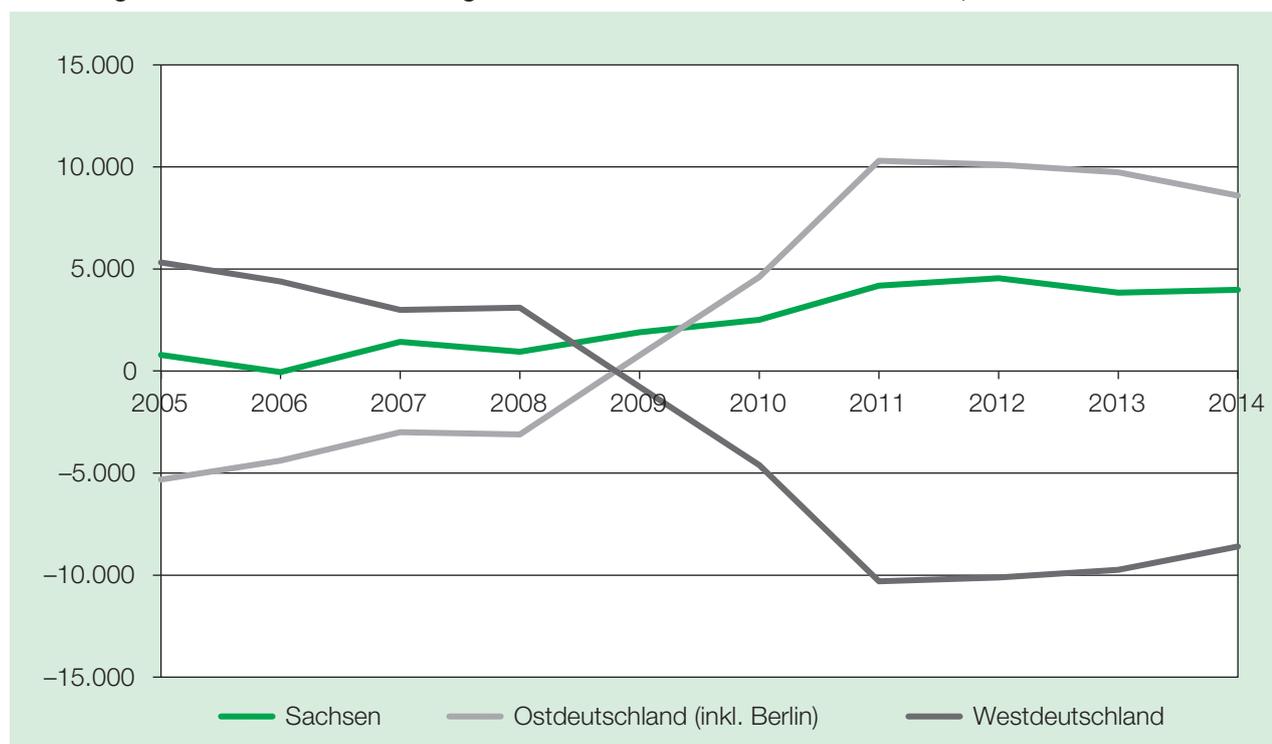
Quellen: KMK (2016), Statistisches Bundesamt (2016), Darstellung des ifo Instituts.

Abbildung 2: Prognose der sächsischen Schulabsolventen 2016



Quellen: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (2016), Darstellung des ifo Instituts.

Abbildung 3: Innerdeutscher Wanderungssaldo von Schulabsolventen für Sachsen, Ost- und Westdeutschland



Quellen: KMK (2016), Statistisches Bundesamt (2016), Darstellung des ifo Instituts.

den Absolventen mit Hochschulreife schürt. Bereits aktuell verzeichnen die beiden größten Universitäten mehr als doppelt so viele Bewerber wie Studienplätze zur Verfügung stehen. In der Folge könnte ein großer Anteil sächsischer Absolventen mit Hochschulreife keinen Studienplatz in Sachsen erhalten und sich folglich gegen das Studium oder für eine Abwanderung entscheiden. Dies steht im Widerspruch zu dem Ziel des Sächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst (SMWK), starke Wanderungsbewegungen zu vermeiden und somit dem Fachkräftebedarf in Sachsen entgegen zu wirken [vgl. SMWK (2016)]. So weist bspw. die INDUSTRIE- UND HANDELSKAMMER (IHK) zu Leipzig auch für die Folgejahre nach 2020 einen ansteigenden Fachkräftebedarf akademisch Qualifizierter aus [vgl. IHK (2016)]. Wenig zielführend erscheint in diesem Zusammenhang auch die beabsichtigte, stärkere Reduzierung der Studierendenzahlen an den Universitäten, welche ein allgemein höheres Mobilitätsverhalten aufweisen als Bildungsteilnehmer an Fachhochschulen [vgl. KMK (2014)].

Zusammenfassend bleibt abzuwarten, inwiefern die vom SMWK verfolgte Strategie „Qualität statt Quantität“ erfolgsversprechend für die künftige Entwicklung der Hochschullandschaft in Sachsen sein wird. Festzuhalten ist, dass der Hochschulpakt zwischen Bund und Ländern einen substanziellen Beitrag zur Sicherstellung des Finanzbedarfs und der kurzfristigen Planungssicherheit der Hochschulen geleistet hat. Aufgrund der konstant hohen Nachfrage an Studienkapazitäten sollten Bund und Länder sich auf eine, auf Dauer angemessene Finanzierung, wie sie u. a. auch von der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) deutschlandweit gefordert wird, verständigen [vgl. HRK (2016)]. Zeitlich begrenzte Programme scheinen aufgrund der langfristig höheren Studierneigung nicht mehr angemessen. Die Revisionsklausel der Zuschussvereinbarung bietet für die sächsischen Hochschulen hierfür einen Ansatzpunkt.

Literatur

- BECK, M. (2015): Uni Leipzig: Ab 2020 soll Anzahl der Studienplätze stark sinken, Leipziger Volkszeitung, 02.09.2015.
- ECK, A.; GRALKA, S.; HELLER, J.; NAGL, W. und J. RAGNITZ (2015): Hochschulfinanzierung in Mecklenburg-Vorpommern, ifo Dresden Studie 75, ifo Institut.
- HRK – HOCHSCHULREKTORENKONFERENZ (Hrsg.) (2016): Neuer Studierenderekord: HRK fordert Verstärkung des Hochschulpakts, Pressemitteilung vom 25.11.2016.
- IHK – INDUSTRIE UND HANDELSKAMMER ZU LEIPZIG (Hrsg.) (2016): Fachkräftemonitor Sachsen, <http://www.fkm-sachsen.de/index.html>, abgerufen am 06.12.2016.

KMK – KULTUSMINISTERKONFERENZ (Hrsg.) (2016): Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz, Vorausberechnung der Studienanfängerzahlen 2014 – 2025, http://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/Statistik/Dokumentationen/Tabellenwerk_2014.pdf, abgerufen am 09.11.2016.

KMK – KULTUSMINISTERKONFERENZ (Hrsg.) (2014): Die Mobilität der Studienanfänger und Studierenden in Deutschland von 1992 bis 2012, Statistische Veröffentlichung der Kultusministerkonferenz, Dokumentation Nr. 203, Berlin.

SMWK – STAATSMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST (Hrsg.) (2016a): Hochschulentwicklungsplan 2025, Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst, Freistaat Sachsen, Dresden.

SMWK – STAATSMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST (Hrsg.) (2016b): Vereinbarung zwischen der Sächsischen Staatsregierung und den staatlichen Hochschulen im Freistaat Sachsen (Hochschulen) über die Höhe der staatlichen Zuschüsse von 2017 bis 2024, Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst, Freistaat Sachsen, Dresden.

STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2016): Fachserie 11, Reihe 4.3.1, Nichtmonetäre hochschulstatistische Kennzahlen, mehrere Jahrgänge mit Sonderauswertung, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

STATISTISCHES LANDESAMT SACHSEN (Hrsg.) (2016): Schüler- und Absolventenprognose 2016 des Statistischen Landesamtes für den Freistaat Sachsen bis zum Schuljahr 2030/31, Kamenz.

VERWALTUNGSVEREINBARUNG HOCHSCHULPAKT (Hrsg.) (2014): Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern gemäß Artikel 91b Abs. 1 Nr. 2 des Grundgesetzes über den Hochschulpakt 2020, Beschluss der Regierungschefinnen und Regierungschefs von Bund und Ländern vom 11. Dezember 2014, Berlin.

¹ Sowohl die Zahl der Studienberechtigten als auch die Zahl der Studienanfänger stiegen in den Jahren 2002 bis 2012 um jeweils knapp 40% an [vgl. Eck et al. (2015)].

² Die Zuschussvereinbarung sieht hinsichtlich der Reduzierung der Studierendenzahlen keine Zielzahlen sondern Planungssätze vor. Außerdem wird den Hochschulen die Möglichkeit gegeben, die hochschulindividuellen Studierendenzahlen durch eine Umverteilung zwischen den Hochschulen anzupassen.

³ Eine feste Vorgabe zur Verringerung der Studierendenzahlen nach dem Auslaufen des Hochschulpaktes ist derzeit in keinem anderen Bundesland vorgesehen.

⁴ Während viele ostdeutsche Flächenländer über lange Zeit einen negativen Wanderungssaldo auswiesen, war dieser in Berlin stets positiv. Über den gesamten Beobachtungszeitraum kamen netto Studienanfänger in die Bundeshauptstadt.

⁵ Die Vorausberechnungen der KMK lassen deutschlandweit, aufgrund der wegfallenden doppelten Abiturjahrgänge, auf ein leichtes Absinken der Schulabsolventen mit Hochschul- oder Fachhochschulreife schließen. Für die Jahre 2020 bis 2025 werden aber immer noch deutlich mehr Studienanfänger als im Jahr 2005 (Beginn des Hochschulpaktes) projiziert.

Vierteljährliche VGR für Sachsen: Ergebnisse für das dritte Quartal 2016¹

Wolfgang Nierhaus*

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) hat im dritten Vierteljahr 2016 nur um 1,6 % gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum zugelegt, im zweiten Vierteljahr hatte die Zuwachsrate noch bei 3,1 % gelegen (vgl. Tab. 1). Gleichwohl übertraf die Bruttowertschöpfung in allen Wirtschaftsbereichen das Vorjahresergebnis. Am kräftigsten expandierte dabei das Baugewerbe. Das traditionell in Sachsen starke produzierende Gewerbe (ohne Baugewerbe) verlor dagegen an Fahrt. Die Trend-Konjunktur-Komponente des preisbereinigten BIP hat sich nicht zuletzt deshalb im Jahresverlauf abgeschwächt (vgl. Abb. 1).

¹ Die Bereitstellung vierteljährlicher Ergebnisse für Sachsen erfolgt in Verantwortung des ifo INSTITUTS. Die Berechnungen fußen auf den amtlichen Länderdaten, die vom ARBEITSKREIS VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN (VGR) DER LÄNDER ermittelt werden. Zudem werden seitens des STATISTISCHEN LANDESAMTES DES FREISTAATES SACHSEN aktuelle konjunkturstatistische Informationen bereitgestellt. Dies erfolgt im Rahmen der 2007 unterzeichneten Kooperationsvereinbarung mit der Niederlassung Dresden des ifo INSTITUTS. In dieser Ausgabe werden erstmals die Ergebnisse für das dritte Vierteljahr 2016 nachgewiesen. Die Berechnungen sind abgestimmt auf die vom ARBEITSKREIS VGR DER LÄNDER am 30. März 2016 veröffentlichten Jahresergebnisse sowie auf die am 26. September 2016 veröffentlichten Ergebnisse der BIP-Halbjahresrechnung. Allerdings unterbleibt eine bundesweite Koordinierung, wie dies bei den amtlichen Daten des Arbeitskreises üblich ist. Der vollständige Datensatz für den Zeitraum Q1/1996 bis Q3/2016 steht auf der ifo Dresden Homepage zum Download zur Verfügung. Zur Methodik siehe W. NIERHAUS, Vierteljährliche Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen für den Freistaat Sachsen mit Hilfe temporaler Disaggregation, in: Statistik in Sachsen, 1/2008, S. 1–15.

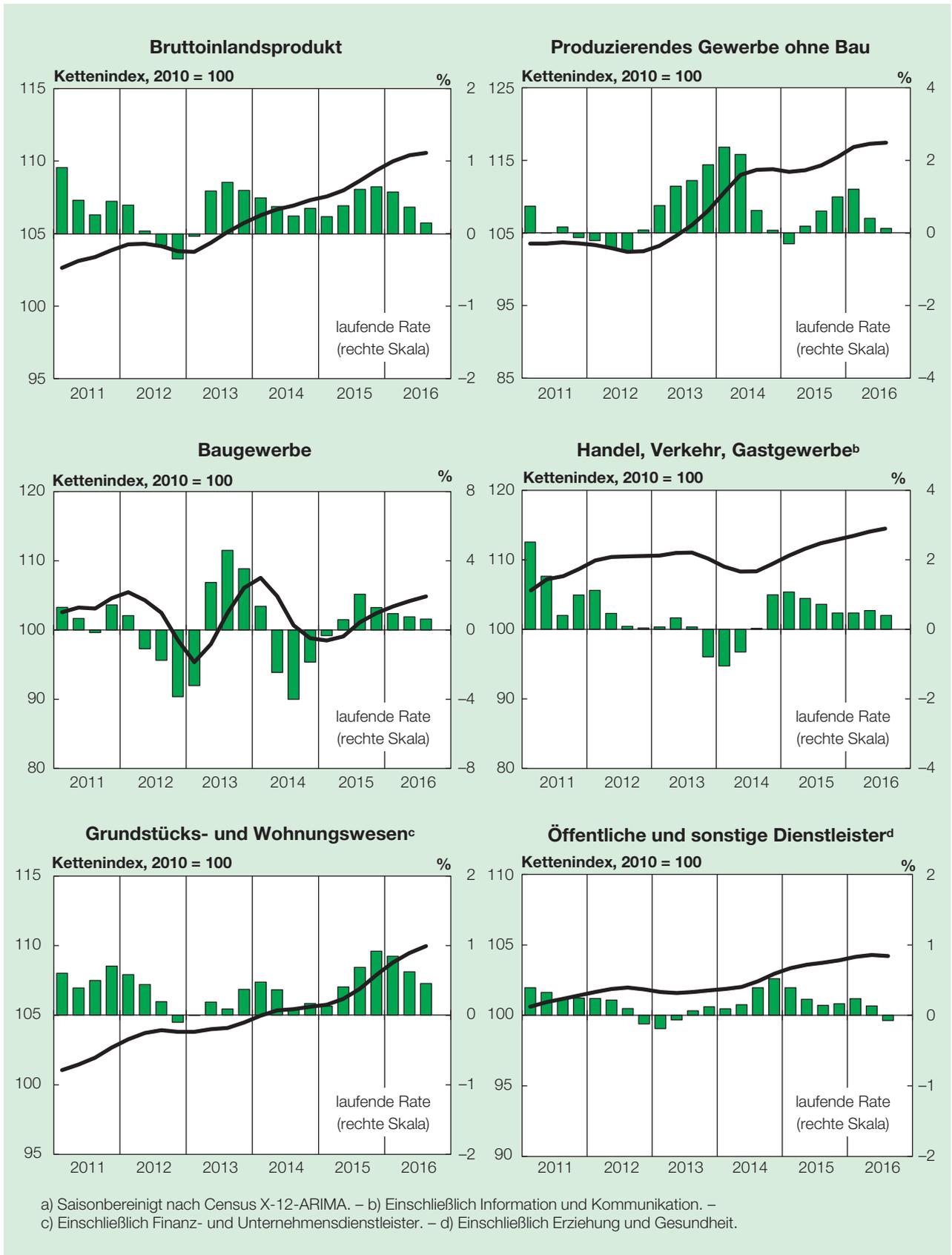
* Dr. Wolfgang Nierhaus ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am ifo Institut – Leibniz Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

Tabelle 1: Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in Sachsen (preisbereinigt)

| Vierteljahr | Bruttoinlandsprodukt | Gütersteuern abzüglich Subventionen | Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche | Bruttowertschöpfung | | | | | |
|---|----------------------|-------------------------------------|---|--------------------------------------|--|------------|--|--|---|
| | | | | Land- und Forstwirtschaft, Fischerei | Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe | Baugewerbe | Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information u. Kommunikation | Grundstücks- u. Wohnungswesen, Finanz- u. Unternehmensdienstl. | Öffentl. u. sonstige Dienstleister, Erziehung u. Gesundheit |
| Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahresquartal in % | | | | | | | | | |
| 1 2014 | 3,1 | 2,8 | 3,2 | 11,3 | 8,7 | 15,5 | -1,0 | 1,5 | 0,5 |
| 2 2014 | 1,8 | 2,4 | 1,7 | 16,8 | 5,4 | 6,9 | -2,8 | 1,1 | 0,4 |
| 3 2014 | 1,9 | 1,4 | 2,0 | 18,3 | 8,7 | -3,6 | -2,4 | 1,4 | 0,7 |
| 4 2014 | 1,8 | 5,1 | 1,4 | 15,1 | 5,4 | -4,7 | -0,8 | 1,1 | 1,1 |
| 1 2015 | 1,0 | 2,9 | 0,8 | -0,7 | 2,0 | -10,0 | 1,6 | 0,6 | 1,5 |
| 2 2015 | 1,6 | 2,0 | 1,5 | -4,2 | 3,1 | -5,2 | 3,0 | 1,0 | 1,6 |
| 3 2015 | 1,2 | 3,1 | 1,0 | -5,4 | -1,1 | 0,8 | 3,6 | 1,2 | 1,3 |
| 4 2015 | 2,3 | 3,4 | 2,2 | -4,1 | 2,0 | 3,7 | 3,6 | 2,4 | 0,8 |
| 1 2016 | 1,9 | 3,9 | 1,7 | -0,3 | 2,3 | 1,6 | 1,9 | 2,1 | 0,8 |
| 2 2016 | 3,1 | 2,3 | 3,2 | 0,9 | 4,3 | 6,3 | 2,9 | 4,1 | 0,8 |
| 3 2016 | 1,6 | 1,3 | 1,6 | 0,0 | 1,5 | 3,5 | 1,4 | 2,6 | 0,4 |

Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR) der Länder, Berechnungen des ifo Instituts.

Abbildung 1: Trend-Konjunktur-Komponenten von Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in ausgewählten Wirtschaftsbereichen in Sachsen (preisbereinigt, verkettet)^a



Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR) der Länder, Berechnungen des ifo Instituts.

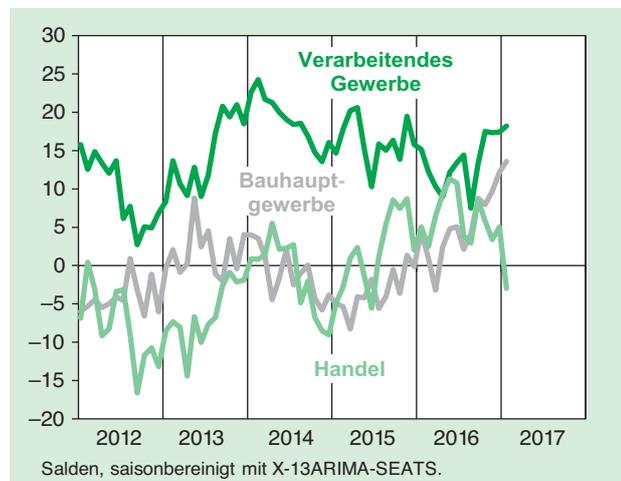
ifo Geschäftsklima Ostdeutschland und Sachsen: Gute Stimmung zum Jahreswechsel

Michael Weber*

ifo Konjunkturtest in Ostdeutschland

Die Stimmung in der gewerblichen Wirtschaft Ostdeutschlands hat sich im Verlauf des vergangenen Jahres deutlich gebessert. Zum Jahreswechsel erreichte das ifo Geschäftsklima schließlich den Jahreshöchststand (vgl. Abb. 1). Im neuen Jahr gab der Index wieder leicht nach, da die Befragungsteilnehmer ihre Geschäftserwartungen für das erste Halbjahr deutlich nach unten korrigierten.

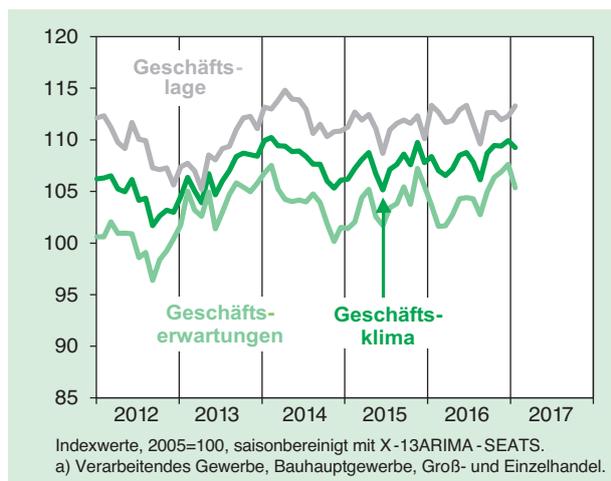
Abbildung 2: Geschäftsklima für die einzelnen Wirtschaftsbereiche der gewerblichen Wirtschaft Ostdeutschlands



Quelle: ifo Konjunkturtest.

Die ostdeutsche Industriekonjunktur hat zum Jahresende neuen Schwung aufgenommen. Die aktuelle Geschäftslage hat sich zuletzt Monat für Monat verbessert, die Geschäftserwartungen haben sich kräftig aufgehellt. Die ifo Konjunkturuhr bewegte sich immer weiter in den Quadranten „Boom“ hinein (vgl. Abb. 3).

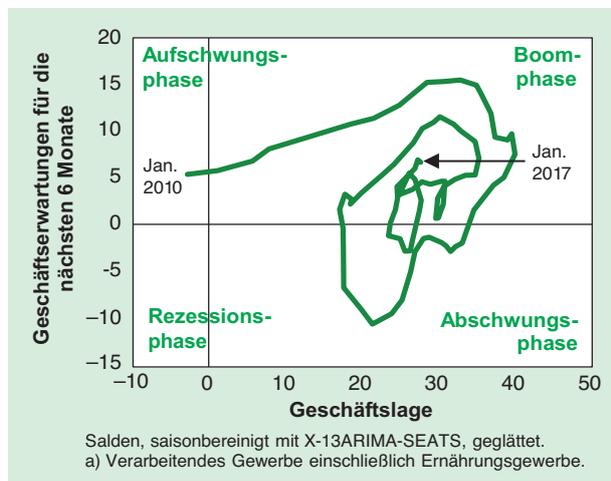
Abbildung 1: Geschäftsklima, Geschäftslage und Geschäftserwartungen für die gewerbliche Wirtschaft^a Ostdeutschlands



Quelle: ifo Konjunkturtest.

Die ostdeutsche Industrie ist seit Oktober unverändert positiv gestimmt (vgl. Abb. 2), während das ostdeutsche Bauhauptgewerbe seinen Aufwärtstrend auch über den Jahreswechsel hinweg fortsetzte. Im ostdeutschen Handel hat sich die Stimmung dagegen jüngst merklich eingetrübt. Groß- und Einzelhändler sind deutlich weniger optimistisch als in den Monaten zuvor.

Abbildung 3: ifo Konjunkturuhr für das Verarbeitende Gewerbe^a Ostdeutschlands



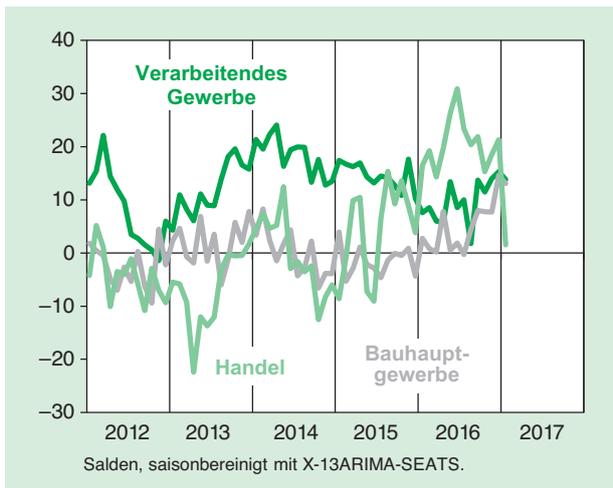
Quelle: ifo Konjunkturtest.

* Dr. Michael Weber ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Niederlassung Dresden des ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

ifo Konjunkturtest in Sachsen

Auch im Freistaat Sachsen erreichte die Stimmung der gewerblichen Wirtschaft im Dezember 2016 ein neues Zwischenhoch (vgl. Abb. 4). Im Januar gaben der ifo Geschäftsklimaindex und seine beiden Teilindizes jedoch zum Teil deutlich nach. Der in den Vormonaten gewonnene Optimismus scheint im Januar zum Teil verfliegen zu sein.

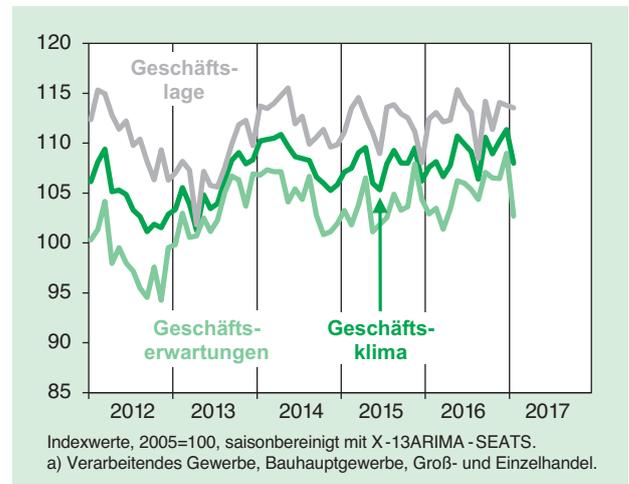
Abbildung 5: Geschäftsklima für die einzelnen Wirtschaftsbereiche der gewerblichen Wirtschaft Sachsens



Quelle: ifo Konjunkturtest.

Der Verlust an Zuversicht ist auch in der ifo Konjunkturuhr zu erkennen (vgl. Abb. 6). In der sächsischen Industrie stiegen die Geschäftserwartungen bei insgesamt guter Lage der Geschäfte im Dezember zunächst kräftig an, um anschließend im Januar wieder deutlich zu sinken. Die ifo Konjunkturuhr für Sachsen verbleibt jedoch auch zu Beginn des neuen Jahres im Quadranten „Boom“.

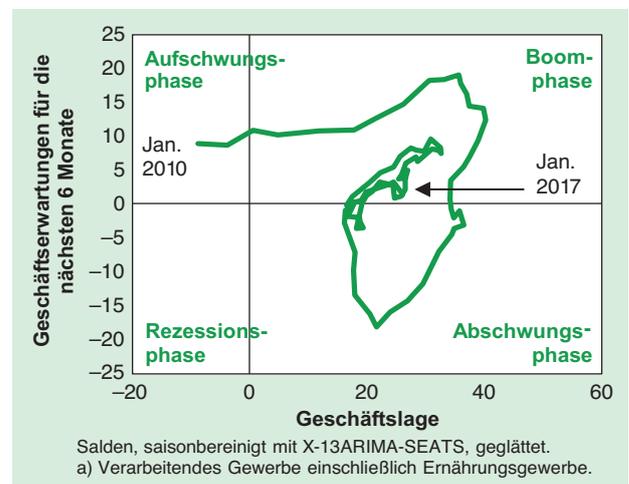
Abbildung 4: Geschäftsklima, Geschäftslage und Geschäftserwartungen für die gewerbliche Wirtschaft^a Sachsens



Quelle: ifo Konjunkturtest.

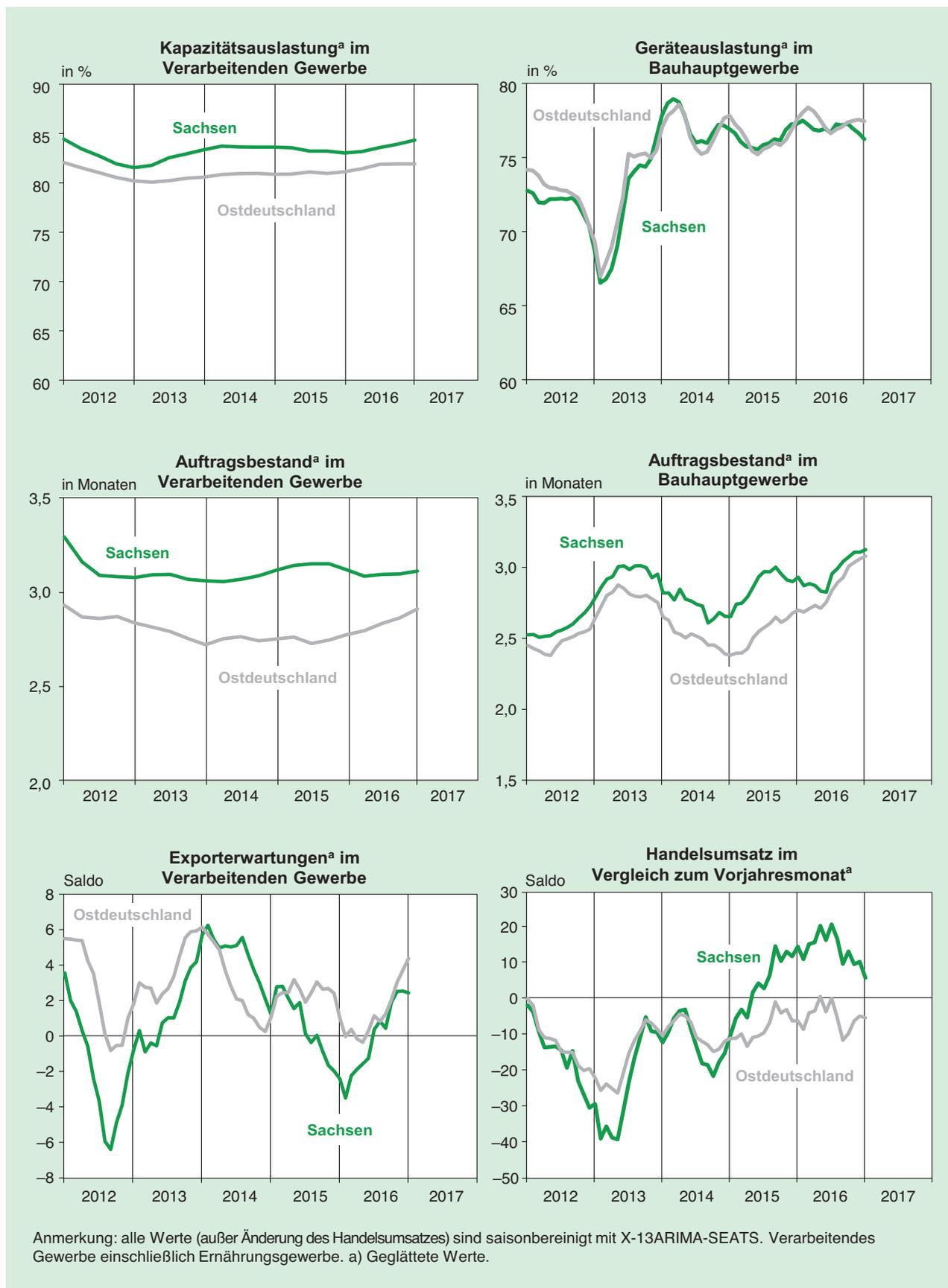
Besonders heftig korrigierten die sächsischen Groß- und Einzelhändler ihre Geschäftserwartungen nach unten (vgl. Abb. 5). Doch auch in der Industrie und dem Bauhauptgewerbe Sachsens bezweifelten die Befragungsteilnehmer im Januar stärker als zuvor, dass sich die Geschäftssituation im ersten Halbjahr des laufenden Jahres noch verbessern ließe. Dabei berichteten beide Bereiche im Januar von prall gefüllten Auftragsbüchern und einer sehr starken Auslastung.

Abbildung 6: ifo Konjunkturuhr für das Verarbeitende Gewerbe^a Sachsens



Quelle: ifo Konjunkturtest.

Abbildung 7: Ausgewählte Indikatoren aus dem ifo Konjunkturtest für Ostdeutschland und Sachsen



Quelle: ifo Konjunkturtest.

Arbeitsmarktlage in Ostdeutschland und Sachsen weiterhin gut

Antje Fanghänel*

Der ostdeutsche und sächsische Arbeitsmarkt befinden sich auch zu Beginn des Jahres 2017 im Aufschwung. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote ist nach kurzer Stagnation Ende des Jahres 2016 wieder gesunken. Die saisonbereinigte Vakanzquote¹ hat sowohl in Ostdeutschland als auch in Sachsen zugelegt. Infolgedessen hat sich die Arbeitsmarkttension² weiter erhöht (vgl. Abb. 1a). Die Zahlen deuten darauf hin, dass ein migrationsbedingter Anstieg der Arbeitslosenquote bislang nicht stattgefunden hat.

Die Beschäftigungsaussichten trübten sich für die kommenden Monate für die gewerbliche Wirtschaft in Ostdeutschland und Sachsen im Januar etwas ein (vgl. Abb. 1b). Insbesondere im ostdeutschen und sächsischen Handel rechnen die Befragungsteilnehmer des ifo Konjunkturtests mit einer Stagnation bzw. leichtem Rückgang der Beschäftigung. Laut den Befragungsteilnehmern aus dem Bauhauptgewerbe soll in diesem Bereich die Beschäftigung weniger stark ausgeweitet werden, als zuletzt. Im Verarbeitenden Gewerbe in Ost-

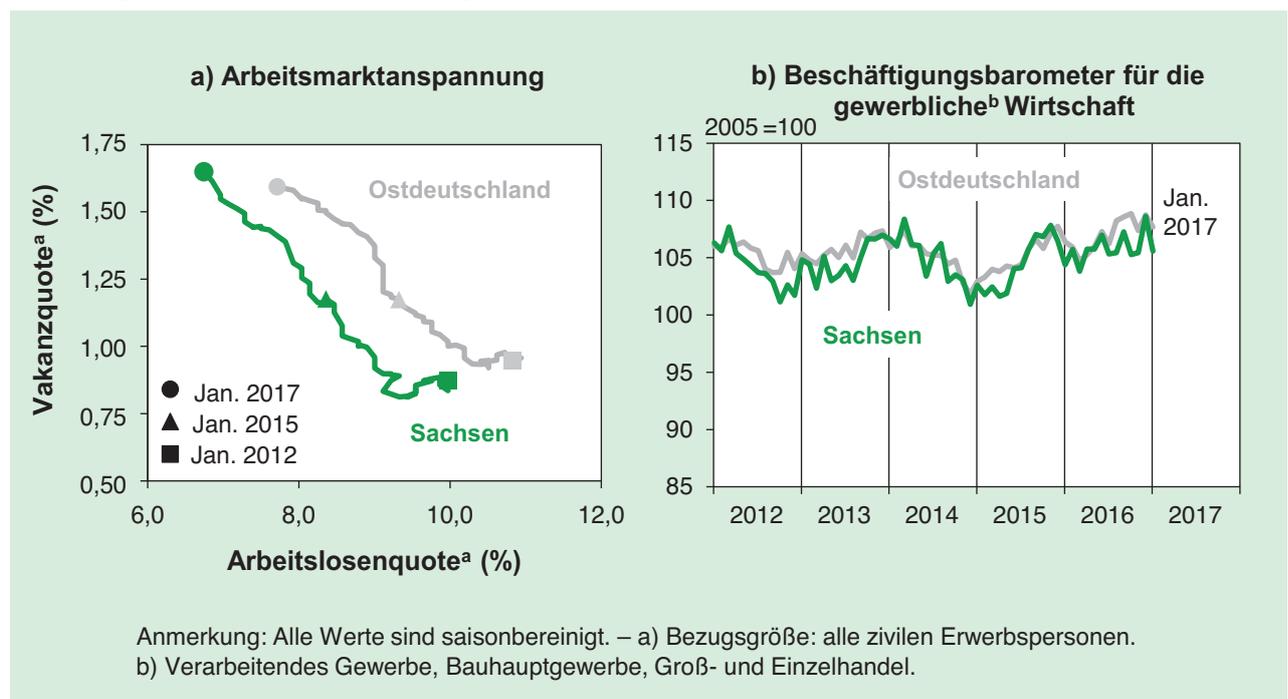
deutschland und Sachsen hingegen planen die Befragungsteilnehmer mit einer kräftigen Ausweitung der Beschäftigung. Insgesamt dürfte sich demnach der schwungvolle Beschäftigungsaufbau des letzten Jahres in den kommenden Monaten etwas abschwächen.

* Antje Fanghänel ist Doktorandin an der Niederlassung Dresden des ifo Institut – Leibniz Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

¹ Die Vakanzquote setzt den Bestand an gemeldeten Arbeitsstellen ins Verhältnis zur Zahl der zivilen Erwerbspersonen.

² Die Arbeitsmarkttension errechnet sich aus der Zahl der freien Stellen pro Arbeitslosen. Indem sie sowohl die Angebotsseite (Arbeitslosenquote) als auch die Nachfrageseite (Vakanzquote) abbildet, erfasst die Arbeitsmarkttension die konjunkturelle Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt.

Abbildung 1: Arbeitsmarktentwicklung in Sachsen und Ostdeutschland



Quellen: Bundesagentur für Arbeit, ifo Konjunkturtest, Berechnung und Darstellung des ifo Instituts.

ifo Veranstaltungen

Am **20. und 21. Januar 2017** fand der **11. Workshop „Makroökonomik und Konjunktur“** in den Räumlichkeiten der ifo Niederlassung Dresden statt. Der zweitägige Workshop wurde erneut gemeinsam mit der HELMUT-SCHMIDT-UNIVERSITÄT HAMBURG organisiert. Schwerpunkte waren in diesem Jahr die Verteilungs- und Wachstumswirkungen der Fiskalpolitik sowie Weiterentwicklungen von Prognosemethoden.

Am **23. und 24. März 2017** wird der **7. Workshop „Arbeitsmarkt und Sozialpolitik“** durchgeführt, den die Niederlassung Dresden des IFO INSTITUTS gemeinsam mit der TECHNISCHEN UNIVERSITÄT DRESDEN veranstaltet. Willkommen sind Vortragsangebote sowohl mit theoretischer als auch mit empirischer Ausrichtung aus allen Teilgebieten der Arbeitsmarktforschung und Sozialpolitik. Für die Leitung des Workshops konnte wiederum Prof. Dr. Alexander Kernitz von der TECHNISCHEN UNIVERSITÄT DRESDEN gewonnen werden.

Im Rahmen der **Dresdner Vorträge zur Wirtschaftspolitik** spricht am **27. Februar 2017** Prof. Dr. Herbert Brücker, Forschungsbereichsleiter „Internationale Vergleiche und Europäische Integration“ am INSTITUT FÜR ARBEITSMARKT- UND BERUFSFORSCHUNG (IAB) Nürnberg zum Thema „Fluchtmigration und Arbeitsintegration von Geflüchteten – Neue Erkenntnisse aus der empirischen Forschung“.

Zum Inhalt: 2015 sind 890.000 geflüchtete Menschen nach Deutschland gekommen, 2016 weitere 280.000. Die meisten dieser Menschen sind vor Krieg und Verfolgung geflohen. Die Anerkennungsquoten sind hoch und vor dem Hintergrund der anhaltenden Konflikte im Nahen Osten, Afghanistan und am Horn von Afrika werden die meisten in Deutschland bleiben. Umso wichtiger ist es, dass die Forschung durch belastbare Daten und Analysen dazu beiträgt, die Integration von Geflüchteten zu begleiten und die Grundlagen für eine erfolgreiche Integrationspolitik zu schaffen. Auf der Grundlage der

IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten, einer repräsentativen Längsschnittstudie, können erste Aussagen getroffen werden. Es zeichnet sich ab, dass die Geflüchteten in Hinblick auf ihre Einstellungen, Werte und ihren Bildungshintergrund keine zufällige Auswahl der Bevölkerungen der Herkunftsländer sind, sondern sich erheblich unterscheiden. So sind sie in ihren Wertvorstellungen der deutschen Bevölkerung näher als den Bevölkerungen der Herkunftsländer. Die Allgemeinbildung ist am oberen und unteren Ende des Qualifikationsspektrums stark polarisiert, aber nur ein kleiner Teil der Geflüchteten verfügt über berufliche Abschlüsse. Erste Erkenntnisse zur Arbeitsmarktintegration deuten darauf hin, dass ein Jahr nach Zuzug rund zehn Prozent der Geflüchteten in den Arbeitsmarkt integriert sind. Das entspricht den Erfahrungen zurückliegender Wellen der Fluchtmigration nach Deutschland. Wenn sich dieser Trend fortsetzt, dürften fünf Jahre nach dem Zuzug rund die Hälfte der Geflüchteten in den Arbeitsmarkt integriert sein. Negative Lohn- und Beschäftigungseffekte für die einheimische Bevölkerung sind nicht zu erwarten.

In der gleichen Veranstaltungsreihe werden am **26. April 2017** Prof. Christina Gathmann, Professorin für Arbeitsmarktökonomie und Neue Politische Ökonomik am ALFRED-WEBER-INSTITUT DER UNIVERSITÄT HEIDELBERG, sowie Stellvertretende Vorsitzende des WISSENSCHAFTLICHEN BEIRATS BEIM BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND TECHNOLOGIE, und am **22. Mai 2017** Prof. Dr. Stefan Homburg, Professor an der LEIBNIZ UNIVERSITÄT HANNOVER und Direktor des INSTITUTS FÜR ÖFFENTLICHE FINANZEN, einen Vortrag halten.

Die Vorträge sind öffentlich und finden im Seminarraum der Niederlassung Dresden des IFO INSTITUTS, in der **Einsteinstraße 3**, statt. Beginn des Vortrags ist jeweils um **18:30 Uhr**.

Weiterführende Informationen zu diesen Veranstaltungen finden Sie auf der Homepage von ifo Dresden (www.ifo-dresden.de) unter der Rubrik Veranstaltungen.

ifo Vorträge

Rösel, Felix, „Sparen Gebietsreformen Geld?“, Vortrag auf Einladung der KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG, **06.12.2016**, Oranienburg.

Ragnitz, Joachim, „Innovationsbedingungen in Mitteldeutschland“, Vortrag anlässlich des 15. Mitteldeutschen Immobilienkongresses, **01.01.2017**, Leipzig.

Ragnitz, Joachim, „Konjunkturelle Aussichten für Thüringen 2016/2017“, Vortrag anlässlich des Erfurter Konjunktorgesprächs an der Industrie- und Handelskammer (IHK) Erfurt, **02.01.2017**, Erfurt.

Ochsner, Christian, „Migrating Extremists“, Vortrag am Regular Research Seminar der Sozial- und Wirtschafts-

wissenschaftlichen Fakultät der JOHANNES KEPLER UNIVERSITÄT (JKU) Linz auf Einladung von Prof. René Böheim, PhD und Prof. Dr. Rudolf Winter-Ebmer, **11.01.2017**, Linz (Österreich).

Ragnitz, Joachim, „Stellungnahme zum Bericht der Personalkommission der Sächsischen Staatsregierung“, Vortrag anlässlich einer Anhörung des Haupt- und Finanzausschusses des Sächsischen Landtags, **18.01.2017**, Dresden.

Rösel, Felix, „Politikverdrossenheit durch Gebietsreformen?“, Vortrag beim Workshop „Chancen der Digitalisierung im Land Brandenburg“, UNIVERSITÄT POTSDAM, **27.02.2017**, Potsdam.

ifo Veröffentlichungen

Blesse, Sebastian und Felix Rösel, „Gebietsreformen: Hoffnungen, Risiken und Alternativen“, ifo Working Paper Nr. 234.

Karmann, Alexander, Plaul, Cornelius und Felix Rösel, „Zum Wohle! Produktivitätswachstum in der Gesundheitswirtschaft“, Wirtschaftspolitische Blätter, im Erscheinen.

Konrad, Kai A. und Marcel Thum, „Does a Clean Development Mechanism Facilitate International Environmental

Agreements?“, Environmental and Resource Economics, im Erscheinen.

Potrafke, Niklas und Felix Rösel, „A Banana Republic? Trust in Electoral Institutions in Western Democracies – Evidence from a Presidential Election in Austria“, CESifo Working Paper Nr. 6254.

Ragnitz, Joachim, „Altersarmut – Nur ein Scheinproblem?“ in: Bank und Markt, Heft 1/2017, S. 41–42.

ifo intern

Michael Weber, wissenschaftlicher Mitarbeiter der ifo Niederlassung Dresden, konnte seine Promotion zum Thema „Wages and Unemployment before and after the German Hartz-Reforms“ am 07. Dezember 2016 erfolgreich mit dem Prädikat „summa cum laude“ abschließen.

Auch **Jan Kluge**, wissenschaftlicher Mitarbeiter von ifo Dresden, hat seine Promotion zum Thema „Regional Economic Performance and Local Policy“ am 21. Dezember 2016 mit dem Prädikat „summa cum laude“ abgeschlossen. Er wechselte zum Jahresbeginn 2017 an das INSTITUT FÜR HÖHERE STUDIEN in Wien.

Das Team von ifo Dresden gratuliert beiden Kollegen auch an dieser Stelle noch einmal herzlich und wünscht ihnen alles Gute für ihre berufliche und private Zukunft.

Christian Ochsner, Doktorand der ifo Niederlassung Dresden, hält sich seit Ende Januar für einen fünf-wöchigen Gastforschungsaufenthalt am DEPARTMENT OF ECONOMICS der UNIVERSITY OF WARWICK, Coventry UK, auf. Der Forschungsaufenthalt wird von der GRADUIERTEN AKADEMIE (GA) der TECHNISCHEN UNIVERSITÄT DRESDEN über einen Reisekostenzuschuss für Kurzforschungsaufenthalte im Ausland unterstützt.